

Protokoll

18. Sitzung vom 9. Dezember 2019
aeb
Seite 415



| | |
|---------------------------|--|
| Behörde | Gemeinderat |
| Traktanden | Siehe unten |
| Sitzungsdatum/Zeit | Montag, 9. Dezember 2019, 18.00 Uhr – 21.00 Uhr |
| Sitzungsort | Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4 |
| Teilnehmende | 35 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats (Jonas Erni und Astrid Furrer ab 19.15 Uhr) und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär und dessen Stellvertreterin a.i., sowie der Ratsweibel |
| Entschuldigte | - |

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Budget 2020 und Festsetzung des Steuerfusses

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 29. November 2019 in der ZSZ amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident André Zürrer: Ich begrüsse alle Anwesenden zur heutigen Sitzung. In der Mitte, auf dem Tisch, liegt ein kleines Gerät, welches Patrick Höhener gehört und für den für einen Test betreffend Hörgerät benötigt. Aufnahmen erfolgen aber keine.

(Keine Einwendungen.)

1.1 Eingänge

- Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 19. November 2019, betreffend Konzessionsabgaben Erdgas ohne Rechtsgrundlage
- Bericht und Antrag zum Budget 2020

Gemeinderatspräsident André Zürrer: Wie bereits im E-Mail vom Freitag beschrieben wurde, ging beim Zusammenzug des Antrags Budget 2020 zu einer Datei leider das FLAG-Ziel zum Globalbudget Entsorgung und Recycling der Werke unter. Es wurde daher separate Datei im Extranet aufgeschaltet.

10.07

2. Budget 2020 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsident André Zürrer: Ich schlage vor für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen, gemäss Reihenfolge auf Seite 6 des Budgets vorzugehen.

1. Es wird über das vorliegende Budget 2020 inklusive Leistungsaufträgen mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen beraten.
2. Es wird der Steuerfuss 2020 verhandelt und festgelegt. Die endgültige Festlegung des Budgets ist abhängig vom Beschluss über den Steuerfuss.
3. Es wird über das Gesamtpaket – Budget mit allfälligen Änderungen und Steuerfuss eine Schlussabstimmung durchgeführt.

(Keine Einwendungen.)

1. Budget und Leistungsaufträge

Gemeinderatspräsident André Zürrer: Der Gemeinderat ist verpflichtet, das Budget zu behandeln, darum gibt es keine Eintretensdebatte. In der Detailberatung wird Abteilung für Abteilung durchgegangen.

Jeder Antrag von der GRPK oder von einer Fraktion ist ein Änderungsantrag, über welchen sogleich abgestimmt wird. Wenn dieser Antrag keine Mehrheit findet, bedeutet dies Zustimmung zum jeweiligen Antrag des Stadtrats gemäss seinem Antrag zum Budget 2020.

Gibt es mehrere gleichgeordnete Änderungsanträge zum gleichen Konto, kommt das Cup-System zur Anwendung: Das heisst, dass alle Anträge zusammen mit dem Antrag des Stadtrats nebeneinander zur Abstimmung kommen und jedes Mitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Ich werde in der Detailberatung nochmals jeden Antrag vorlesen, damit alles klar ist. Wir werden für jede Abstimmung die Stimmzähler aufbieten. Wenn kein Antrag das absolute Mehr auf sich vereint, treten die beiden letztplatzierten Anträge gegeneinander an und der «Verlierer» fliegt raus. Dann wird wieder über alle restlichen Anträge abgestimmt usw, bis ein Antrag das absolute Mehr erreicht.

Wenn alle Abteilungen und alle Änderungsanträge behandelt sind, wird am Schluss über das bereinigte Budget 2020 als Ganzes abgestimmt.

Detailberatung zum Budget (abteilungsweises Vorgehen):

Christian Gross, SP, GRPK-Präsident: Jedes Mal bei der Budgetvorstellung vor der Kommission gibt es ein Zittern. Wie hoch wird das Defizit diesmal sein? Ist der Selbstfinanzierungsgrad weiterhin unter 100 % und steigt die Verschuldung weiter? Gibt es schmerzhaftes Abbaumassnahmen oder nicht?

Als Walter Münch und Stefan Müller am 3. Oktober 2019 den Voranschlag der GRPK präsentierten, gab es erstmal Erleichterung: Die Rede war von einer Roten Null, von einem vertretbaren Defizit. Danke an dieser Stelle an die ganze Verwaltung, insbesondere die Abteilung Finanzen, für die Zusammenarbeit und die Beantwortung all unserer Fragen. Die Umstellung auf HRM2 und die gleichzeitige Eingemeindung waren eine Riesenarbeit, die insgesamt gut erledigt werden konnte.

Eine kleine Vorbemerkung zu allen weiteren Posten: Der Vergleich mit den Vorjahreswerten ist dieses Jahr etwas schwierig, weil der letzte Rechnungsabschluss – 2018 – noch ohne Eingemeindung und nach HRM1 stattfand. Als Vergleichsbasis taugt darum nur das Budget des laufenden Jahres. Darum sind die entsprechenden Vergleichsspalten im Bericht und Antrag auch leer. Ab nächstem Jahr werden wir wieder eine bessere Vergleichsbasis haben.

Der Gesamtaufwand des Budgets beträgt Fr. 193 Mio., der Gesamtertrag Fr. 192.1 Mio. Daraus resultiert ein Aufwandüberschuss von Fr. 850'000. Diese Zahl stimmt aber nur beschränkt: Der Voranschlag rechnet mit 1.3 % höheren Löhnen, wovon 0.8 % für individuelle Lohnerhöhungen und 0.5 % für den Inflationsausgleich geplant sind. Erst nach Verabschiedung des Budgets im Stadtrat wurde klar, dass die Empfehlung des Regierungsrates zur Teuerung nicht auf 0.5 %, sondern auf nur 0.1 % lautet. Die Löhne steigen entsprechend

weniger stark, die Rechnung wird darum um einige hunderttausend Franken entlastet werden. Wir dürfen also zumindest hoffen, dass das Defizit etwas geringer ausfallen wird.

Die Abteilungen mit den höchsten Kosten sind wie jedes Jahr die Abteilung Schule und die Abteilung Soziales. Dies überrascht nicht: Die Finanzierung der ersten neun Schuljahre sowie die Sozialhilfe und die Ergänzungsleistungen sind aus finanzieller Sicht die Hauptaufgaben der Gemeinden. Und so fallen hier auch die grössten Kosten an. Insbesondere bei der Schule fällt aber auf, dass Wädenswil höhere Kosten pro Schüler und Schülerin im Vergleich zu ähnlich grossen Gemeinden hat. Mehr dazu später bei der Diskussion der einzelnen Abteilungen.

Wie anfänglich gesagt, sind wir erleichtert gewesen, wie ausgeglichen das beantragte Budget ist. Bei genauerem Hinsehen ist das Budget aber schon nicht mehr ganz so ausgeglichen: Das Defizit beträgt Immerhin Fr. 850'000 – und damit deutlich näher bei einer Million – und recht weit weg von einer Null. Gleichzeitig wird das Budget durch zwei Sondereffekte massiv entlastet: Auf der Ertragsseite fliessen Fr. 750'000 Franken von der ZKB Jubiläumsdividende ausserordentlich ein. Und auf der Aufwandseite – man kann es nicht oft genug sagen – liegen die Abschreibungen dank der Umstellung auf HRM2 aussergewöhnlich tief. Ohne diese Sondereffekte, wäre das Budget relativ weit weg von uns.

Ich bin nicht der, der darauf pocht, dass jedes einzelne Budget ausgeglichen sein muss – im Gegenteil. Mir ist eine langfristige Betrachtung wichtig. Sinnvolle Investitionen und Ausgaben sollen auch gemacht werden können, wenn sie kurzfristig zu einem Defizit führen. In diesem Sinn sind auch diverse Anträge der GRPK zu verstehen.

Aber gehen wir doch noch kurz in die Mittelfristigen Betrachtungen: Der Stadtrat hat im Finanz- und Entwicklungsplan oder Finanz- und Aufgabenplan, wie er neu heisst, dargelegt, wie sich die finanzielle Situation der Stadt Wädenswil bis 2023 entwickeln wird. Und diese Prognose sieht leider ziemlich düster aus. Kein einziges der geplanten Jahre schliesst positiv ab und die Defizite der Laufenden Rechnung liegen jeweils bei über einer Million. Und das alles nur, weil die Abschreibungen weiterhin tief liegen. Sonst wäre es nochmals massiv schlimmer. Da gleichzeitig grosse Investitionen dringend nötig sind, steigt die Nettoverschuldung der Stadt von rund Fr. 10 Mio. auf rund Fr. 80 Mio. an. Wir verschulden uns also mit 10 bis 20 Mio. pro Jahr! Diese Entwicklung bereitet der GRPK Sorge, auch wenn sich die Kommission nicht ganz einig ist, welche Gegenmassnahmen ergriffen werden sollen. In diesem Konsens ist der aktuelle Voranschlag nicht mehr ganz so eine Erleichterung, sondern mehr ein Antönen von Problemen, welche auf uns zukommen werden.

Zurück zum aktuellen Voranschlag: Die GRPK empfiehlt, diesen – mit einigen Änderungen, die meine Kollegen und Kolleginnen vorstellen werden – zu genehmigen.

Cornelia Dätwyler, FDP: Das Budget 2020 weist einen Verlust von rund Fr. 850'000 auf. Das ist kein Grund zur Freude. Ein Grund zu echter Besorgnis bietet aber der Blick in den Finanz- und Entwicklungsplan der Stadt Wädenswil. Da zeichnet sich eine massive Erhöhung der Nettoverschuldung ab.

Dem gilt es Einhalt zu gebieten. Speziell im Fokus steht wiederum das grosse Kostenwachstum der Primarschule. Seit Jahren wachsen die Nettobildungskosten der Stadt unaufhörlich. Nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Bevölkerung. Die Stadt hat sich auf einen unrühmlichen Platz auf vorderster Front, was die Kosten pro Schüler angeht, katapultiert.

Diese Kostenexplosion muss nun endlich gestoppt werden. Die Gesamtkosten pro Schüler müssen auf ein vernünftiges Mass reduziert werden.

Ich greife daher jetzt schon vor, dass die Fraktion den Antrag der GRPK, die Primarschule durch eine externe Stelle auf ihre Effizienz untersuchen zu lassen, unterstützen wird. Es ist höchste Zeit, griffige Vorschläge zur Reduktion der Kosten zu erhalten.

Aufgrund der finanziellen Lage ist aber nicht allein von der Stadträtin Alexia Bischof, welche eine schwierige Aufgabe, ich wage zu sagen, eine unglaubliche Altlast übernommen hat, zu fordern, dringlich, schnell und konsequent die Ausgaben ihrer Abteilung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dies ist vom Stadtrat allgemein zu fordern.

Auch rufe ich meine Kollegen im Gemeinderat dazu auf, mit den Steuergeldern sorgsam umzugehen und bei den Ausgaben genau zu überprüfen, ob diese auch wirklich notwendig sind.

Martin Schlatter, EVP: Bereits seit einigen Jahren verfolgt die EVP die Entwicklung der finanziellen Situation der Stadt Wädenswil mit gemischten Gefühlen. Um die Steuern nicht erhöhen zu müssen, wurde und wird in allen Abteilungen konsequent gespart. Zudem wurden nötige Investitionen hinausgezögert. Dies immer in der Hoffnung, dass auf der Einnahmenseite irgendwann eine Verbesserung eintritt und dann die Schraube etwas gelockert werden kann. Leider ist aber gemäss Finanz- und Entwicklungsplan keine deutliche Tendenz in diese Richtung ersichtlich. Es liegt somit auf der Hand, dass dieser von der Stadt Wädenswil eingeschlagene Finanzkurs nicht auf ewig beibehalten werden kann. Die Verschuldung steigt jährlich und der Investitionsbedarf ist hoch. Bereits jetzt sind die Abteilungen gezwungen, bewilligte Stellenprozente auch voll auszuschöpfen, um die Leistungen noch in befriedigender Qualität erbringen zu können, d.h. auch sie können den Sparkurs nicht auf dem bisherigen Niveau aufrecht halten. Es wird anscheinend zum Beispiel im Strassenunterhalt so fest gespart, dass bei späteren Sanierungen teure Überraschungen in Kauf genommen werden müssen.

Wo die Effizienz gesteigert werden kann, wird vom Bürger erwartet, dass die Verwaltung selbstverständlich dauernd eine Verbesserung der Effizienz anstrebt, dauernd, da sich die Situation, bei welcher eine Effizienzsteigerung erreicht wurde, bald wieder ändern kann und von neuem die Effizienz verbessert werden muss. Dies kann aber nur erfolgen, wenn eine Abteilung nicht auf dem Zahnfleisch läuft. Die Hindernisse liegen z.T. an Details, z.B. bei nicht einwandfrei funktionierenden Schnittstellen und so liegt es an der Verwaltung, grossen Druck auf Softwareanbieter auszuüben. Ich möchte da nicht ins Detail gehen. Aber wenn man zum Beispiel von Excel in Pdf umwandeln muss, was relativ schwierig ist und auch nicht so effizient. Auch wenn noch so teure Beratungen eingesetzt werden, die versuchen, eine Effizienzsteigerung in der Stadt Wädenswil zu identifizieren, genügt dies aus Sicht der EVP-Fraktion allein keinesfalls, die Problematik der ständig wachsenden Verschuldung bei gleichbleibendem Steuerfuss zu kompensieren. Wir beurteilen insgesamt die finanzielle Situation von Wädenswil schlechter als der Stadtrat dies tut. Wir sehen eine Erhöhung des Steuerfusses als unumgänglich, um eine befriedigende Qualität der Dienstleistungen der Stadt Wädenswil zu erhalten und einer ständigen Verschuldung entgegenwirken zu können.

Rita Hug, Grüne: Eigentlich könnten wir zufrieden sein. Der Stadtrat schreibt in der Medienmitteilung zum Budget, dass es ein «ausgeglichenes» Budget ist. Bei der Präsentation des Finanz- und Entwicklungsplanes sieht es aber ganz anders aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung bis 2023 wird auf das Siebenfache steigen.

Das Budget 2020 kommt nur so «ausgeglichen» daher, weil noch eine saftige ZKB-Jubiläumsdividende das Budget bereichert hat. Weiter hat man kurzerhand grosse Budgetposten gestrichen, wie zum Beispiel in der Abteilung Planen und Bauen. Hier wurden rund Fr. 500'000 im Strassenunterhalt gestrichen. Also können kleinere Schäden und Risse in den Strassen nicht mehr geflickt werden. Die Strassen werden weniger unterhalten. Sie alle wissen, dass aus kleinen Schäden einmal grosse Sanierungen werden, die ein Vielfaches kosten.

Ist das wirklich der Weg, den wir als Stadt gehen wollen, dass wir ganze Budgetposten streichen, um ein positives Bild abzugeben? Wie kann es sein, dass gerade diese Parteien, die entsetzt über eine Steuererhöhung sind, nochmals 300 Wohnungen im AuPark forciert haben. Insgesamt wird es in Wädenswil 700 neue Wohnungen geben. Realistisch ist, dass pro neue Wohnung 0.8 neue Primarschüler kommen. Das sind mindestens 560 neue Schülerinnen und Schüler. Eine solche Zustimmung zieht unglaubliche Kosten nach sich. Es muss noch mehr Schulraum gebaut werden, die ganze Infrastruktur kommt dazu, Lehrkräfte müssen angestellt werden. Einfach immer mal wieder Fr. 100'000 aus dem Budget zu streichen, ist sicher nicht die Lösung. Das ist auch nicht fair gegenüber allen Personen, die bereits in Wädenswil leben und seit Jahren ihren Beitrag leisten.

Ein erster, wichtiger Schritt für eine zukünftige Finanzplanung ist, dass die einzelnen Abteilungen ihre Prozesse genau durchleuchten, wenn nötig mit externer Hilfe, und Abläufe effizienter und schlanker machen.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Zuerst ein herzliches Dankeschön an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, unter der Leitung von Christian Gross, für die gute Zusammenarbeit. Einer der Legislatorschwerpunkte der Stadt heisst: Wädenswil ist ein konkurrenzfähiger Wirtschaftsstandort dank ausgeglichenem Haushalt bei stabilem Steuerfuss. Dieses Ziel war eine wichtige Vorgabe bei der Erarbeitung des Budgets 2020 und Festlegung des Steuerfusses.

Der Stadtrat hatte in drei intensiven Lesungen das Budget besprochen und auch die Verwaltung aktiv miteinbezogen und herausgefordert. Wir haben nicht nur die Erfolgsrechnung, sondern vor allem auch die Investitionsrechnung im Detail durchleuchtet und hinterfragt. Wo immer möglich und sinnvoll haben wir zum Teil wesentliche Kürzungen vorgenommen. Zum Beispiel bei der Investitionsplanung. Da haben wir das Investitionsvolumen im Steuerhaushalt auf rund Fr. 17 Mio. pro Jahr begrenzt.

All diese Massnahmen haben dazu geführt, dass wir dem Parlament eine ausgeglichene Erfolgsrechnung mit einem unveränderten Steuerfuss unterbreiten konnten. Aus meiner Sicht weist die Erfolgsrechnung einen vertretbaren Aufwandüberschuss von Fr. 0.8 Mio. aus, was einer «roten Null» entspricht. Oder anders ausgedrückt, das budgetierte Minus von rund Fr. 800'000 entspricht rund 0.4 % des Etats.

Wie bereits Mitte November der GRPK kommuniziert, hat der Stadtrat den Teuerungsausgleich von den budgetierten 0.4 % auf neue 0.1 % reduziert. Dies entsprechend den im November revidierten Vorgaben des Kantons. Den städtischen Angestellten wird also analog dem Staatspersonal auf den 1. Januar 2020 ein Teuerungsausgleich von 0.1 % ausgerichtet. Dies wird die Rechnung 2020 entlasten.

Gegenüber den Vorjahren zeichnet sich in den Bereichen der Sozialkosten eine Entspannung ab. Ein nach wie vor grosses Kostenwachstum verzeichnet die Primarschule. Wir haben von der ZKB schon diverse Dividenden erhalten. Wir erwarten da Fr. 750'000 für das nächste Jahr. Die plant der Stadtrat für die «Aufwertung des öffentlichen Raums im Zentrum» zu verwenden. In der Investitionsrechnung sowie im Finanz- und Entwicklungsplan wurden dafür entsprechende Beträge für die Jahre 2020 - 2022 eingestellt. Fr. 150'000 fürs 2020, und je Fr. 300'000 für die Jahre 2021 und 2022. Zurzeit werden die ersten Projektideen auf ihre Machbarkeit überprüft.

Die Steuerkraft pro Einwohner steigt erfreulicherweise um knapp Fr. 100 von Fr. 3'226 auf Fr. 3'311 gegenüber dem Budget 2019. Der Stadtrat geht davon aus, dass sich die kantonale Umsetzung der Steuervorlage 17 nur marginal auf die Steuereinnahmen der Stadt auswirkt, da die juristischen Personen nur für ca. 7 % der Steuereinnahmen der Stadt aufkommen.

Es wird jedoch erwartet, dass das kantonale Steuerkraftmittel aufgrund der Steuervorlage 17 weniger stark als in den Vorjahren ansteigen wird, was sich auf die Einnahmen aus dem Ressourcenausgleich auswirkt. Den Ressourcenausgleich haben wir rund Fr. 0.6 Mio. tiefer als im Vorjahr budgetiert. Die als Folge der Steuerreform höheren Beteiligungen des Kantons an den Ergänzungsleistungen werden erst ab 2021 für die Stadt erfolgswirksam.

Zur Bewältigung der zahlreichen Investitionsvorhaben sowie der vielfältigen Aufgaben, aber auch für die Umsetzung der Legislatorschwerpunkte sind die nötigen Ressourcen eingeplant worden. Erstmals wird in der Erfolgsrechnung die neue Dienststelle Soziokultur aufgeführt. Bei den Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen im Umfang von Fr. 20.9 Mio. – inkl. Gebührenhaushalte, Fr. 3.9 Mio. – liegt der Fokus auf Schulbauten, Wasser- und Abwasseranlagen sowie den Bädern.

Ein Investitionsprojekt möchte ich an dieser Stelle speziell erwähnen. Es geht um die provisorische Turnhalle für die Schulanlage Ort bzw. die Schuleinheit Au. Dafür sind im Budget 2020 Fr. 2 Mio. und im FEP für 2021 Fr. 1.6 Mio. eingestellt. Total also Fr. 3.6 Mio. Während der Bauzeit der Erweiterung der Schulanlage Ort muss die heutige Turnhalle abgerissen werden. Somit muss für zwei bis drei Jahre eine Alternative gesucht werden. Kein Turnunterricht durchzuführen oder die Kinder mit Bus auf andere Hallen zu verteilen sind keine Optionen. Eine provisorische Turnhalle auf der Schulanlage würde gut Fr. 2 Mio. kosten. Alternative Standorte in der Umgebung haben wir geprüft, ohne einen geeigneten Platz zu finden. Deshalb haben wir die Zusammenarbeit mit der Kantonsschule gesucht und gefunden. Um die Bedürfnisse der Stadt und des Kantons abzudecken planen wir, bergseitig beim Pfadiheim eine provisorische Doppeltturnhalle zu erstellen. Geplant ist die Inbetriebnahme im Frühjahr/Sommer 2021.

Die Refinanzierung der Halle werden wir mit einem Zehnjahres Mietvertrag mit dem Kanton sicherstellen. Während der Bauzeit der Erweiterung der Schulanlage Ort kann die Primarschule die Halle benutzen. Dies wird mit dem Kanton vertraglich geregelt. Ebenso ist die Mitbenutzung der Halle durch Vereine zugesichert. So werden wir neben den Mieteinnahmen

noch Fördergelder vom Sporttoto erhalten. Dank der guten Zusammenarbeit mit dem Kanton, wird die Stadt auf diesem Weg für nur knapp Fr. 300'000 den Kindern in der Au, während der Bauzeit, eine provisorische Turnhalle zur Verfügung stellen können. Wir denken, dies ist eine sehr wirtschaftliche und gute Lösung. Demnächst sollte der Regierungsrat über den Mietvertrag beschliessen und wir können dann die weitere Planung des Projekts an die Hand nehmen. Damit wir die provisorische Turnhalle rechtzeitig erstellen und Mieteinnahmen vom Kanton über die vollen 10 Jahre bekommen, haben wir nach Möglichkeiten gesucht, das Projekt möglichst zeitnah zu realisieren. Da bietet das Gemeindegesetz die Möglichkeit Investitionen als Nettokredite zu bewilligen, wenn die Einnahmen rechtskräftig feststehen. Der Stadtrat wird diesen Weg beschreiten. Denn nur so können wir sicherstellen, dass die Stadt für einen Betrag von knapp Fr. 300'000 eine provisorische Turnhalle für die Primarschule in der Au bekommt.

Nun zum Finanzvermögen: Dank der erfreulichen Entwicklung des Gewerbestadt Zürich werden der Stadt im Jahr 2020 ca. Fr. 3 Mio. Verkaufserlös zufließen. Zusammen mit Investitionen von Fr. 2.4 Mio. in das Finanzvermögen, ergeben sich Nettodevestitionen im Finanzvermögen von Fr. 0.6 Mio. Trotz einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung bleiben aufgrund eines hohen Investitionsbedarfs weiterhin grosse finanzpolitische Herausforderungen.

Auch 2020 wird die Verschuldung weiter zunehmen. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad der Jahre 2016 bis 2020 liegt bei 62 %. Die Nettoschuld pro Einwohner steigt um rund Fr. 90 von Fr. 1'077 auf Fr. 1'164. Gemäss Stadtratsbeschluss gilt der Finanzhaushalt als ausgeglichen, wenn die Ergebnisse der letzten drei abgeschlossenen Rechnungsjahre, vom laufenden Jahr und dem kommenden Budgetjahre sowie die drei Ergebnisse der Planjahre ausgeglichen sind. Dies ist mit einem Einnahmenüberschuss von Fr. 1.4 Mio. für die Periode 2016 bis 2023 erfüllt.

Bereits im Verlauf der Budgetdiskussionen hat der Stadtrat einige wichtige Entscheide getroffen, um die Finanzlage der Stadt längerfristig auf einem verkraftbaren Niveau zu stabilisieren: Der Stadtrat hat all die geplanten Investitionsprojekte bis ins Jahr 2023 im Detail überprüft und auf eine Zielgrösse von ca. Fr. 17 Mio. im Steuerhaushalt beschränkt.

Ein besonderes Augenmerk legt der Stadtrat auf Bereiche mit überdurchschnittlichen Kosten im Vergleich zu anderen Gemeinden. Es sind dies an erster Stelle Aufwandpositionen im Bereich Bildung. Mit externer Beratung werden wir diese Bereiche detaillierter analysieren. Dafür haben wir Gelder im Budget eingestellt. Die GRPK scheint dies zu begrüssen und es liegt ja auch ein Antrag der GRPK vor, zusätzliche Gelder für eine vertiefte Analyse der Abteilung Schule und Jugend durchzuführen.

Den Steuerfuss beantragen wir auf dem heutigen Niveau von 85 % (ohne Oberstufenschulgemeinde) zu belassen. Das bedeutet unter anderem auch, dass wir wie in den vergangenen Jahren auch zukünftig haushälterisch mit den Geldern umgehen müssen.

Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zum Bericht und Antrag der GRPK:

Erstens zum Punkt G, Schlussantrag der GRPK, zum letzten Punkt auf der letzten Seite 14. Da steht, dass der Ertragsüberschuss dem Eigenkapital zugewiesen wird: Da wir aber einen Ausgabenüberschuss budgetieren, müsste es wohl heissen, dass der Ausgabenüberschuss dem Eigenkapital belastet wird.

Zweitens zu den im Bericht und Antrag formulierten Anträgen: Aus meiner Sicht gibt es bei einigen Anträgen der GRPK eine Vermischung der Aufgaben von Parlament, Stadtrat und

Verwaltung. Detaillierte Projektbeschreibungen bis hin zu Stellenbeschrieben sind Sache des Stadtrats und der Verwaltung. Auch Legislatorschwerpunkte und die dafür notwendigen Ressourcen sind Sache des Stadtrats.

Zu einem Antrag möchte ich gleich jetzt Stellung nehmen. Es geht um den Antrag für eine Erhöhung des Steuerfusses um 2 Prozentpunkte auf 87 %. Der Stadtrat lehnt diesen Antrag ab. Dies aus verschiedenen Gründen: Der Stadtrat hat im Zusammenhang mit dem Gemeindegemeinschaftszusammenschluss gesagt, dass wir den Zusammenschluss steuerfussneutral gestalten möchten und haben dies im Budget 2019 so festgelegt. Dies wollen wir auch mit dem Budget 2020 so halten. In der Werkstadt ZÜRISSEE sind bereits die ersten Firmen eingezogen und weitere werden bald aus anderen Gemeinden nach WÄDENSWIL ziehen. Es wäre ein denkbar schlechtes Zeichen, diese Firmen mit einer Steuerfusserhöhung zu brüskieren und zusätzliche Firmen davon abzuhalten nach WÄDENSWIL zu ziehen. Das gleiche gilt für private Steuerzahler. Vermehrt ziehen gute Steuerzahler nach WÄDENSWIL. Dies ist einer der Gründe, dass die Steuerkraft pro Einwohner kontinuierlich steigt.

Und wir dürfen bei der Diskussion um den Steuerfuss durchaus einen Vergleich zu unseren Nachbargemeinden machen: Richterswil hat einen Steuerfuss von 101 %, Horgen einen von 87 %, Thalwil ist bei 85 %, Adliswil bei 100 % und Langnau am Albis bei 106 %, die Gemeinde mit dem höchsten Steuerfuss im Bezirk. Alle Zahlen immer inkl. Oberstufe. Wir in WÄDENSWIL sind mit 104 % inklusive der Oberstufe definitiv am oberen Ende der Skala. Und mit einer Steuerfusserhöhung um 2 Prozentpunkte hätten wir zusammen mit Langnau am Albis den höchsten Steuerfuss im ganzen Bezirk.

Deshalb bitte ich euch im Namen des Stadtrats den Antrag der GRPK zur Erhöhung des Steuerfusses abzulehnen. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat das Budget 2020 der Stadt WÄDENSWIL zu genehmigen und den Steuerfuss auf 85 % des einfachen Gemeindesteuerertrags festzusetzen. Ich freue mich auf eine spannende Sitzung und danke für die Aufmerksamkeit.

Pierre Rappazzo, GLP: Die Steuern werden mittelfristig steigen, weil die Abschreibungen und Sozialkosten die Rechnung belasten werden. Das ist so und da muss die GLP die Sorgen der Ratslinken teilen. Wir haben übrigens schon bei allen 3 Revisionsprojekten oder bei anderen Projekten immer wieder gesagt, dass wenn man nicht schaut und Kosten spart, dann müssen am Schluss die Steuern erhöht werden. Aber trotz Sorge um die Strassen, gibt es noch viel Sparpotential.

Ein Beispiel: Die Kosten der städtischen Verwaltung haben sich in den letzten 20 Jahren um 50 % erhöht. Im Jahre 2000 betragen die Verwaltungskosten pro Kopf Fr. 627 pro Einwohner und im Budget 2020 betragen sie Fr. 935 pro Einwohner. Von der Primarschule hat man bereits schon gesprochen, da bestehen mit Fr. 21'000 pro Schüler die höchsten Kosten im ganzen Bezirk. Die Fusion mit Hütten und Schönenberg hat diesen Trend noch verstärkt. Dies, obwohl man damals bei der Geldrechnung, welche man so gut angeschaut hat und, wie es geheissen hat, ein Sparpotenzial gesehen hat. Wenn man im Protokoll nachliest, sieht man, und das haben wir schon damals gesagt, dass man es vergessen kann und dass das Sparpotenzial durch Skalabeträge in einem Staatsbetrieb einfach nicht funktioniert.

Auf der anderen Seite hat WÄDENSWIL mit der Umzonung AuPark Fr. 60 Mio. Umzonungsgewinn verschenkt. Dies sind ein Jahr Steuern in WÄDENSWIL. Dazu hat man jährlich potenzielle zweistellige Einnahmen aus Unternehmensgewinnen für immer dem Steuerkreislauf entzogen. Dies hat man vergangen lassen.

Private kosten bekannter Weise mehr, als dass sie bezahlen. Auch dies habe ich schon mehrmals gesagt und jetzt verwundert man sich, dass plötzlich mehr Kosten entstehen. Der Stadtrat hofft an anderen Standorten auf potente Firmen. Wir fragen, wohin sollen diese Firmen ziehen? In den Rütihof kommen keine guten Steuerzahler, was man bereits gesehen hat. Das Gebiet eignet sich nicht für High-Potentials. Auch das Frutarom Areal ist zwar schöner gelegen, eignet sich aber nur bedingt für eine Aufwertung. Heutige High-Potentials wollen zentral wohnen und arbeiten, da eignet sich die Peripherie weniger. Auch wenn da einige das Gefühl haben, dass ein Autobahnanschluss etwas Wichtiges ist.

Weiter hofft der Stadtrat, dass sich die Steuerkraft pro Einwohner soweit erhöht, dass die steigenden Sozialkosten und Abschreibungen auf Infrastruktur aufgefangen werden können. Die GLP schätzt dies klar anders ein. Wir werden in den nächsten Jahren, und da muss ich dem GRPK-Präsidenten leider Recht geben, nicht um markante Steuer- und Gebührenerhöhungen herkommen und trotzdem werden wir massiv sparen müssen.

Zusammengefasst: Wädenswil hat viele Ausgabensteigerungen aber keine Aussichten auf lukrative Unternehmensgewinne. Es gilt den Gürtel enger zu schnallen und zudem mittelfristig die Steuern zu erhöhen. Wir sind aber dezidiert gegen Steuererhöhungen auf Vorrat, das weckt lediglich neue Begehrlichkeiten. Zudem ist es wichtig, dass der Stadtrat aufzeigt, wie man die teuren Projekte Rütihof, Fusion und Umzonung AuPark finanzieren möchte. Und dies mittel- bis langfristig. Da haben wir nämlich einige Fragezeichen.

Zu den Abteilungen:

Präsidiales (Seite 25 bis 36)

GRPK-Referentin Cornelia Dätwyler, FDP: Ich bin mit Martin Schlatter in der Abteilung Präsidiales gewesen. An dieser Stelle bedanke ich mich ganz herzlich bei Philipp Kutter, Esther Ramirez und Roger Kempf für die kompetente Beantwortung unserer Fragen. Das Budget der Abteilung Präsidiales weist einen um Fr. 0.3 Mio. höheren Aufwand und einen um Fr. 0.3 Mio. höheren Ertrag als das Budget 2019 aus, womit der Nettoaufwand im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleichbleibt. Auffällig ist, dass die Lohnkosten in den Bereichen der allgemeinen Verwaltung als auch im Bereich Informatik steigen. Dies ist einerseits auf die geplante individuelle Lohnerhöhung von 0.8 % der Lohnsumme und den Teuerungsausgleich von 0.5 % der Lohnsumme zurückzuführen. Da der Teuerungsausgleich jetzt aber nun mit 0.1 % tiefer ausfällt als budgetiert, ist zu erwarten, dass die Rechnung 2020 entsprechend entlastet wird.

Andererseits plant die Abteilung Präsidiales neue Stellen bzw. hat bereits eine neue Stelle geschaffen. So wurde bereits dieses Jahr eine unbefristete Stelle mit einem Pensum von 50 % für die Sachbearbeitung Digitale Medien besetzt, da die Geschäftsführung mit einem neuen Programm „Gever“ digitalisiert wird.

Weiter sind neue Stellen für den Support der Tablets der Schule sowie für die Digitalisierung und das Projekt Smart City geplant. Zudem soll die Stadt noch durch eine externe Fachperson und eine Person, welche mit der Moderation beauftragt ist, im Projekt Smart City unterstützt werden.

Schliesslich ist noch eine grössere Änderung im Konto „Reisekosten und Spesen“ des Stadtrates ersichtlich. Bis anhin wurden dem Stadtrat keine Spesen vergütet. Pro Person

und Jahr ist nun eine Spesenpauschale von Fr.3'000 und nicht wie fälschlicherweise in der Abweichungsbegründung zum Budget steht, von Fr. 5'000 vorgesehen.

Antrag der GRPK

(Konto 0161 Übrige Kulturförderung/übrige Beiträge

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Aufwandskonto wird zusätzlich mit Fr. 1'000 belastet. Diese Fr. 1'000 sollen dem Verein Insieme als Betriebsunterstützung dienen.

Alt: Fr. 336'270

Neu: Fr. 337'270)

Begründung des Antrags:

Rita Hug, Grüne: Ich bin kürzlich an einem Samstagmorgen mit dem Zug nach Zürich gefahren. Es war sehr ruhig, die Passagiere sind ihren Gedanken, ihren Smartphones oder ihrer Literatur nachgegangen. In Horgen dann ist eine Gruppe junger Erwachsener mit Betreuer eingestiegen und sofort war es fertig mit der Ruhe. Es herrschte Aufregung, es wurde erzählt und gelacht. Nach anfänglicher Verwunderung haben alle bisherigen Passagiere gemerkt, dass dies eine besondere Gruppe ist. Es sind Menschen mit einer Beeinträchtigung zu uns in den Zug gestiegen, die sich nicht um die Gepflogenheiten der «klassischen Pendler» geschert haben. Die Energie, die grosse Freude, einen Ausflug in den Zoo zu machen, war so ansteckend, dass innert wenigen Sekunden auf die versunkenen Pendlergesichter ein breites Grinsen gezaubert wurde. Unglaublich, wie die Lebensfreude dieser Menschen die offensichtlich nicht «der Norm» entsprochen haben, auf alle Mitreisende übergesprungen ist. Einen Moment lang habe ich mir auch wirklich überlegt, welche Passagiere nun die Menschen mit einer Beeinträchtigung waren.

Der Verein Insieme Bezirk Horgen wurde im Jahr 1972 von Eltern als Verein zur Förderung von Menschen mit einer geistigen Behinderung gegründet. Der Verein umfasst ca. 200 Mitglieder und ist mit 55 weiteren Insieme Vereinen in der ganzen Schweiz zusammengeschlossen.

Für Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung ist es ohne Betreuung und Begleitung schwierig, sich selbst ein soziales Netzwerk aufzubauen, mobil zu sein und Hobbies nachzugehen. Für sie bietet der Verein Insieme eine breite Palette an betreuten Freizeitangeboten an. Diese beinhaltet verschiedene Kurse wie Judo, Fussball, Volkstanz usw. Zudem organisieren sie jährlich acht Wochenendausflüge, zwei Ferienwochen, monatliche Treffs sowie Informationsabende für Angehörige. 20 Freiwillige unterstützen den Verein tatkräftig, sieben Vorstandsmitglieder leisten 680 Freiwilligenstunden pro Jahr.

Es ist so, dass es für Aktivitäten dieser Menschen oftmals fachlich ausgebildete Betreuung braucht, die dann auch bezahlt werden muss. Weiter müssen auch oftmals spezielle Transportmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Personen überhaupt von A nach B kommen. Für mich ist klar, warum es den Verein Insieme braucht. Sie setzen sich ein für eine Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderung gleichberechtigt zusammenleben können.

Bis anhin konnte sich der Verein mit einer grosszügigen Spende über Wasser halten. Da diese nun leider langsam erschöpft ist, ist der Verein auf der Suche nach einer anderen Unterstützung und fragt alle Gemeinden im Bezirk um Hilfe an. Für Wädenswil wäre es ein Beitrag von jährlich Fr. 1'000, der ihnen schon sehr weiterhelfen würde. Für diese Menschen kann dieser kleine Betrag Grosses bewirken und viele schöne Stunden bescheren.

Ich bin sicher, sie alle finden diese Organisation sinnvoll und sie werden es in ihren Voten gleich ausgiebig betonen. Nur – mit schönen Worten kann der Verein keine Betreuungsrechnungen zahlen. Das einzige was ihnen wirklich nützt, ist die Ja-Stimme die sie heute Abend abgeben.

Angelo Minutella, GLP: Es geht mir nicht darum, diesen durchaus sympathischen Verein nicht unterstützen zu wollen. Sondern darüber zu reflektieren, was die Aufgabe dieses Parlamentes ist: Die Verabschiedung von Gesetzen und des Budgets.

Die Behandlung dieses Antrages ist am falschen Ort und in dieser Form eine Zwängerei. Würden wir unser 192 Mio. Budget in Fr. 1000 Scheiben beraten, bräuchten wir dafür 192'000 Minuten, oder 3'200 Stunden, oder mehr als 400 Arbeitstage. Das wären dann mehr als ein Jahr Verhandlungszeit. Ich bitte sie deshalb, den Antrag abzulehnen und den Stadtrat bitte ich um wohlwollende Überprüfung des Anliegens.

Martin Schlatter, EVP: Rita Hug hat in der GRPK einen Flyer von Insieme verteilt. Man sieht daraus sofort, dass dies eine ganz gute und sehr unterstützungswerte Sache ist. Die gemeinsamen Aktionen von Insieme entlasten die Stadt Wädenswil in diversen Aufgaben. Die EVP-Fraktion unterstützt daher den Antrag der GRPK, dass die Stadt Wädenswil Insieme mit einem eher symbolischen Betrag von Fr. 1'000 unterstützt.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Menschen mit Beeinträchtigung geniessen unsere Sympathie. Das trifft auch für Wädenswil zu, was sich an unserer langjährigen Partnerschaft mit der Stiftung Bühl ablesen lässt. Daran kann man erkennen, dass Wädenswil dafür sehr offen ist und ein offenes Ohr für ihre Anliegen hat. Auch der Verein Insieme übernimmt eine wichtige Aufgabe, was ich auch schon selbst erfahren durfte. Wir werden auch wegen dem Geldbetrag von Fr. 1000 sicher niemals die Steuern erhöhen müssen.

Trotzdem bitte ich sie, den Antrag abzulehnen. Es wäre ein falsches Zeichen, wenn der Gemeinderat über Beträge in dieser Grössenordnung diskutieren würde. Es ist auch so, dass die Vereinsunterstützung von Beträgen in diesem Umfang in der Kompetenz des Stadtrats liegt und ich bitte den Gemeinderat, dies auch so zu belassen. Wir verfügen über einen Kriterienkatalog und eine langjährige Praxis, welchen Verein wir in welcher Form unterstützen. Unabhängig ob dieser Antrag angenommen oder abgelehnt wird, nehmen wir dieses Anliegen sicher entgegen und wie es gesagt worden ist, wohlwollend prüfen. Aber bitte belassen sie die Kompetenz für Beträge und für diese Aufgabe beim Stadtrat und lehnen sie diesen Antrag ab.

Thomas Koch, FDP: Spenden ist eine noble Sache, aber mit eigenem Geld. Fremdes Geld, Steuergelder dafür zu missbrauchen, ist ihres Erachtens verantwortungslos und ist auch gewissermassen auch ein Missbrauch unseres Mandats.

Die beantragten Fr. 1'000 für den Verein Insieme bringt man da im Rat schnell zusammen, ohne dass man dafür Steuergelder zweckentfremden muss. Wenn jeder von uns als Beispiel eine kleine Spende machen würde, weniger als vom heutigen Sitzungsgeld, dann hätte man die Fr. 1'000 schon heute beieinander. Ich habe dem Verein Insieme bereits schon heute meinen Teil zukommen lassen. Wenn die Grünen und Linken auf diese naheliegende Idee selbst gekommen wären, wäre der Antrag Insieme von Anfang an unnötig gewesen. Aber eben, fremdes Geld ausgeben und sich dann noch mit Lorbeeren als grosszügiger Spender schmücken, das ist wohl etwas einfach.

Claudia Bühlmann, GP: Es geht darum, dass Menschen mit Beeinträchtigung eine geringere Lobby haben als ein Fussballverein. Sie sind genauso Menschen, welche gerade doppelt Unterstützung benötigen. Darum verstehen wir es nicht, dass die Fr. 1'000 abgelehnt werden. Es geht darum, da ein Zeichen zu setzen, dass diese Menschen auch unterstützt werden. Es ist eine Spende, wie auch bei einem Fussballverein, damit diese Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Abstimmung über Antrag (mit Stimmenzähler)

Der Rat lehnt den Antrag mit 22 zu 11 Stimmen ab.

Finanzen und Immobilien (S. 36 bis 45)

Globalbudget Finanzen: Immobilien (S. 242 bis 244)

GRPK-Referentin Judith Fürst, SP: Am 31. Oktober 2019 haben Marco Kronauer und ich die Abteilung Finanzen besucht. Unsere Fragen sind sehr ausführlich und kompetent beantwortet worden, für das möchte ich mich nochmals bei der Abteilung bedanken.

Die detaillierten Zahlen zu Aufwand und Ertrag können sie aus dem Bericht der GRPK entnehmen. Ich erläutere heute nur einzelne Veränderungen im Budget.

Bei den Erträgen stellt man fest, dass im Jahr 2020 der ausserordentliche Kantonsbeitrag von Fr. 7.6 Mio. wegfällt. Dieser hat die Stadt im Jahr 2019 für den Gemeindegemeinschaft erhalten. Dafür darf sich Wädenswil im kommenden Jahr auf die Jubiläumsdividende der ZKB freuen, was das Budget etwas schöner aussehen lässt. Wegen erwartetem Einwohnerwachstum rechnet die Stadt mit Fr. 1.4 Mio. höheren Steuereinnahmen bei den ordentlichen Steuern.

Beim Vergleich der Voranschläge 2019 und 2020 ist beim Finanzausgleich ein Unterschied zu erkennen. Der Grund liegt bei einem Systemwechsel. Die Stadt nutzt für das Budget 2020 das neue Recht, den Ressourcenausgleich zeitlich abgrenzen zu können. Im Vorjahr hat man das Differenzmodell benutzen müssen. Das führt zu anderen Zahlen und somit ist es nicht möglich, das Budget mit dem Vorjahresbudget zu vergleichen. Die Oberstufenschulgemeinde bleibt übrigens beim Differenzmodell vom Vorjahr, darum sieht man auch beim Anteil der Oberstufenschule ein Unterschied zum Vorjahr. Die Oberstufenschule hat aber nach wie vor den gleichen Anspruch am Ressourcenausgleich. Ihr Anteil liegt immer im Verhältnis zu den jeweiligen Steuerfüssen.

Ich komme zu den Immobilien: Die Instandhaltung der städtischen Immobilien im Verwaltungs- und Finanzvermögen braucht immer mehr personelle Ressourcen. In den letzten fünf Jahren hat die Stadt rund 10 % an Schulfläche gewonnen und in den nächsten Jahren wird sie mit den geplanten Projekten noch deutlich grösser. Zudem wird der Schulraum viel intensiver genutzt als vorher. Littering und Vandalismus haben, wie anderorts auch, in Wädenswil zugenommen. Die Energiebuchhaltung der städtischen Immobilien ist auch komplizierter geworden. Und auch die Reinigungsstandards mussten angepasst werden. Für die Immobilien im Finanzvermögen hat die Stadt für über 30 Gebäude nur zwei Hauswarte. Das reicht bei weitem nicht. So sind in den letzten Jahren auch Umgebungsarbeiten und Instandhaltungen vernachlässigt worden. Nächstes Jahr muss die Heizgasanlage ersetzt, Wohnungen dringend saniert und herausgeschobene energetische Massnahmen getroffen werden. Die Schaffung von neuen Stellen im Bereich Hauswartung und Reinigung sind dringend nötig. Wegen den geplanten Projekten, welche in den nächsten Jahren auf uns zukommen, wird auch ein zweiter Projektleiter benötigt.

Wie vorgängig schon von Stadtrat Walter Münch erwähnt, ist für das kommende Jahr der Bau einer provisorischen Turnhalle in der Au geplant. Die Zweifachturnhalle würde für mindestens zehn Jahre stehen und vor allem auch von der Kantonsschule Zimmerberg genutzt. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf rund Fr. 3.6 Mio. Der Kanton zahlt einen Mietzins von Fr. 3.3 Mio. Zudem wird sich der Kanton auch bei den Einrichtungskosten beteiligen. Für Wädenswil ist das Projekt ein guter Deal, so hat die Schule während den beiden Umbaujahren des Schulhauses Ort ein sicheres Provisorium und gleichzeitig hat es ab dem kommenden Jahr endlich einmal genug Platz für alle Klassen und Vereine in der Au.

Die Abteilung Immobilien erarbeitet momentan eine Immobilienstrategie. Die ersten Ergebnisse sind im Frühling 2020 zu erwarten. Gleichzeitig wird eine Schulraumstrategie ausgearbeitet, welche aufzeigen soll, wieviel Schulraum und in welcher Qualität in 5 und in 20 Jahren nötig sind. Die beiden Schuleinheiten Untermosen und Au werden dabei vorgezogen und konkret bearbeitet.

Planen und Bauen (Seite 45 bis 59)

Globalbudgets Planen und Bauen:

Amtliche Vermessung und Werkleitungen (S. 244/245);

Online-Stadtplan (S. 245);

Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten (S. 246/247);

Abwasseranlagen (S. 247/248);

Öffentlicher Verkehr (S. 249);

Öffentliche Grünanlagen (S. 250);

Friedhofbetrieb (S.251)

GRPK-Referent Eric Schenk, CVP: Am 23. Oktober 2019 bin ich mit Rita Hug in der Abteilung Planen und Bauen gewesen. Heini Hauser und Rita Newnam haben unsere Fragen beantworten können, wofür ich mich bedanke.

Wir haben einen Aufwand von Fr. 17.1 Mio. und einen Ertrag von Fr. 7.7 Mio. Das ergibt ein Nettoaufwand von Fr. 9.4 Mio. Im Vergleich wurde deutlich tiefer budgetiert als im Vorjahr. Auch der Nettoaufwand verringert sich deutlich gegenüber dem Vorjahr. Da haben wir einen

Aufwand von Fr. 18.3 Mio. und einen Ertrag von Fr. 8.5 Mio. budgetiert. Also einen Nettoaufwand von Fr. 9.8 Mio. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Nettoaufwand im Bereich Stab/Bewilligung/Raumplanung durch den sinkenden Ertrag im Vorjahr um Fr. 0.22 Mio. ansteigt. Für den Stab selbst ist festzuhalten, dass der Aufwand der Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals um Fr. 0.05 Mio. gestiegen ist. Das ist darauf zurückzuführen, dass eine vorherige 80 % Stelle nun auf 100 % aufgestockt worden ist. Diese 100 % Stelle wurde schon lange bewilligt, konnte aber im Jahr 2017 nur mit einem 80 % Pensum besetzt werden.

Der Globalkredit im Strassenwesen wird gegenüber dem Vorjahr mit einem um Fr. 0.54 Mio. geringeren Nettoaufwand budgetiert. Insbesondere die Abschreibungen sind durch die Vorgaben zu HRM2 um Fr. 0.26 Mio. gesunken. Gemäss Planen und Bauen müsste jedoch trotzdem jährlich geschätzt Fr. 2.7 Mio. vom Stadtrat freigesetzt werden, damit der Werterhalt der Strassen bestehen bleibt. Die GRPK steht der Einsparung bei Unterhaltsarbeiten, insbesondere unter der Berücksichtigung der Eingemeindung, skeptisch gegenüber und befürchtet in Zukunft hohe Mehrkosten für die Stadt Wädenswil.

Anträge der GRPK

*(Konto 030 Stab/Bewilligungen/Raumplanung
Respektive
Konto 0310.3130.00 Dienstleistungen Dritter*

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Aufwandkonto wird zusätzlich mit jährlich Fr. 150'000 belastet. Diese Fr. 150'000 sollen für eine Stelle zur Projektleitung und Mitarbeit bei Natur- und Umweltangelegenheiten und Biodiversität gesprochen werden.

Alt: CHF 2'100'403

Neu: CHF 2'250'403

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Zwecks Erstellung eines Massnahmenplanes zur Umsetzung des Legislaturzieles der Stadt Wädenswil zur „Biodiversität in der offenen Landwirtschaft und im Siedlungsgebiet hat zugenommen“ sollen Fr. 60'000 für eine externe Beratung gesprochen werden.

Alt: Fr. 135'000

Neu: Fr. 195'000

Zur Begründung des Mehrheitsantrags:

Rita Hug, GP: Die letzte Veranstaltung «Neu–Stadt–Land» hat klar gezeigt, was sich die Menschen, die sich aktiv um die Entwicklung unserer Gemeinde kümmern, beschäftigt und was sie gar nicht wollen. Zum Letzteren wurden – einmal mehr - «asphaltierte Rabatten» genannt. Offenbar hat sich diese Aktion als schlechtes Beispiel für immer in den Köpfen der Menschen einbetoniert beziehungsweise asphaltiert. «Die Biodiversität in der offenen Landschaft und im Siedlungsgebiet hat zugenommen». Dieses klare Legislaturziel hat der Stadtrat als Schwerpunkt bis 2020 festgelegt. Das darf natürlich kein kurzfristiges Ziel bleiben, sondern muss in Zukunft Standard sein! Biodiversität ist an dieser genannten Veranstaltung

auch klar als wichtig und vordergründig herausgestochen. Es darf nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben.

Der Naturschutz Wädenswil hat Politiker und Politikerinnen eingeladen, sich in einer Arbeitsgruppe «Natur und Biodiversität» auszutauschen. Teilgenommen haben die Ortsparteien CVP, EVP, SP und Grüne. Herausgekommen bei diesem Austausch ist der Auftrag an den Naturschutz, eine Situationsanalyse über den Zustand der Natur und Biodiversität in Wädenswil zu erstellen sowie ein Stellenbeschrieb für eine neue Stelle mit den genannten Schwerpunkten in der Abteilung Planen und Bauen.

Die Biodiversität ist weltweit stark unter Druck – auch in Wädenswil. Dies haben engagierte Wädenswiler und Wädenswilerinnen verstanden, dies hat der Stadtrat mit seinem Legislaturziel verstanden und dies haben die genannten Parteien verstanden, die an dieser Arbeitsgruppe mitgewirkt haben. Die Situationsanalyse, die der Naturschutz Wädenswil ausgearbeitet hat, spricht auch eine klare Sprache: Wir müssen jetzt handeln. Massnahmepapiere gibt es schon genug. Die Biodiversität befindet sich global aber auch lokal, hier in Wädenswil, im Sinkflug. Die Stadt muss ihre Aufgaben endlich erfüllen.

Dazu gehören:

- Erhalt, Aufwertung und Pflege der kommunalen Naturschutzobjekte
- Umsetzung der nationalen Strategie Biodiversität und des zugehörigen Aktionsplans
- Berücksichtigung der Naturschutzgesetzgebung und der Umweltbestimmungen im Baubewilligungsverfahren
- Vorbildfunktion bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gegenüber Privatwirtschaft und Bevölkerung

Die Abteilung Planen und Bauen verfügt im Moment nicht über genügend Ressourcen und Knowhow, diese Ziele umzusetzen. Darum hat sich die Arbeitsgruppe nach Rücksprache mit den Verantwortlichen der Abteilung Planen & Bauen entschlossen, eine Stelle zu beantragen, welche diese Lücke schliessen kann.

Folgende Kriterien einer zukünftigen Fachkraft sind nötig:

- Es muss eine gut ausgebildete Person sein (z.B. Umweltingenieur), die etwas von Planung, Ökologie und Biodiversität versteht. Wir sprechen also nicht von einem Gärtnerjob, sondern jemandem, der/die einen gesamtheitlichen Überblick hat und die Mitarbeitenden entsprechend instruieren kann.
- Die beantragten Fr. 150'000 sind eine Vollkostenrechnung für eine 100 % Stelle. Darin enthalten sind der Lohn sowie 25 % Arbeitgeber-Sozialversicherungskosten. Auch dabei ist das IT-Equipment, Kosten für den Arbeitsplatz usw.

Was möchten wir mit dieser neuen Stelle erreichen? Ein perfektes Beispiel dafür ist die Grünanlage in der Frohmatt. Bei einer Begehung konnten wir Parlamentarier uns vor Ort über den Mehrwert einer renaturierten Anlage überzeugen. Dort haben auch alle Parteien die Gelegenheit gehabt, sich einzubringen. Der Pflege-Aufwand ist nach dessen Umsetzung nicht grösser, die Freude über die Vielseitigkeit dieser Anlage ist bei den Anwohnerinnen um ein Vielfaches gestiegen. Sie dient als Vernetzungselement in der Siedlungslandschaft und als kühlende Oase an heissen Tagen.

Es geht aber nicht nur um die städtischen Grünanlagen. Es geht auch darum, dass sich diese qualifizierte Person bei der Ausarbeitung von Gestaltungsplänen einbringen soll. Die Bevölkerung möchte neue Wege gehen in Sachen Ökologie. Dem muss sich die Politik jetzt und heute stellen.

Es wurde ein zweiter Antrag verfasst, einen Massnahmenplan zu erstellen, um dieses Legislaturziel zu erreichen. Einen neuen Papiertiger für Fr. 60'000. Das Landwirtschaft- und Entwicklungskonzept gibt es bereits – es muss nicht neu erfunden werden! Wenn Sie «LEK Wädenswil» im Internet suchen, finden sie Fachberichte, einen Massnahmenplan, alles schon perfekt ausgearbeitet für Wädenswil. Das zeigt, dass sich die Gegner dieser Stelle leider nicht so seriös mit dem Ist-Zustand in Wädenswil auseinandergesetzt haben. Diese Fr. 60'000 kann man sich getrost sparen, denn es gibt dies alles bereits.

Jetzt müssen wir an die Umsetzung gehen! Ausreden haben wir lange genug gehört. Darum bitte ich sie, der Biodiversität einen Schub zu gewähren für die Stabilität von unserem Ökosystem, für die Kinder und kommenden Generationen, aber auch für die Bevölkerung, die hier und jetzt bei uns lebt.

Zur Begründung des Minderheitsantrags

Cornelia Dättwyler, FDP: Die FDP/GLP Fraktion unterstützt das Legislaturziel Biodiversität. Der Mehrheitsantrag der GRPK, eine Stelle für die Projektleitung und Mitarbeit bei Natur- und Umweltangelegenheiten und Biodiversität zu schaffen, ist allerdings nicht zielführend.

Da soll einfach einmal auf Gutdünken eine Stelle geschaffen werden, welche das Budget jährlich mit rund F. 150'000 belastet. Dann werden Aufgaben, welche diese Person zu verrichten habe, aufgelistet. Wie hoch der Zeitaufwand für die einzelnen Aufgabenkategorien konkret geschätzt wird, wird erstens nicht dargelegt.

Zweitens hat die Stadt zuerst einen Massnahmenkatalog auszuarbeiten, was überhaupt zu tun ist. Nachher ist zu entscheiden, wie dieser umgesetzt wird und ob und wo genau noch weitere Ressourcen nötig sind. Die Fraktion lehnt daher den Antrag auf die Schaffung einer Stelle betreffend Biodiversität ab. Sie ist aber gerne bereit, eine Summe von Fr. 60'000 für eine externe Beratung zu sprechen, sollte der Stadtrat der Ansicht sein, dass er zusätzliche Ressourcen für die Erarbeitung eines Massnahmenkatalogs zur Umsetzung des Legislaturziels benötigt.

(Gabi Bachmann, EVP, wirft ein, gerne eine Aufklärung über den Ablauf der Abstimmung zu erhalten. Diese beiden Anträge würden verschiedene Konten des Budgets betreffen. Ihr sei nicht ganz klar, ob jetzt zuerst über den ersten Antrag abgestimmt und erst dann über den anderen Antrag abgestimmt werde. Die beiden Anträge würden sich ihrer Ansicht nach nicht ausschliessen.)

(Unterbruch der Sitzung zwecks Beratung.)

(Gemeinderatspräsident André Zürrer bedankt sich für den Hinweis von Gabi Bachmann und schlägt vor, dass über jeden Antrag, unabhängig voreinander, einzeln abgestimmt wird. Zuerst über den Antrag von Fr. 150'000 und dann über den Antrag von Fr. 60'000.)

(Keine Einwendungen.)

Marco Kronauer, SVP: In der GRPK, und auch in der Fraktion, haben wir die Anträge eingehend diskutiert. Aufgrund der aktuellen Finanzlage können wir den Antrag von Fr. 150'000 nicht unterstützen. Wir haben da einen Antrag, welcher auf dem Positionspapier einseitig formuliert worden ist. Wenn man schaut, wer da beteiligt ist, dann sind dies vor allem Naturschutzorganisationen. Ich denke vor allem in der offenen Landwirtschaft wird schon sehr viel in diesem Bereich gemacht. Und auch der Bund und Kanton machen da sehr viel. Darum finde ich es überteuert, wenn man Fr. 150'000 für etwas einsetzt, was grösstenteils schon existiert. Wenn sich die Abteilung Planen und Bauen damit mehr befassen würde, dann hätten sie dem Stadtrat beantragen können, dass sie da noch eine Stelle benötigen.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser: Es geht um die Fr. 150'000 für eine Stelle, welche sie beschrieben haben, und es geht nachher um das gleiche Thema aber um einen zweiten Antrag. Ich äussere mich nur einmal zu diesem ganzen Thema:

Zuerst möchte ich aber noch einen Hinweis machen: Im Zusammenhang mit diesen zwei Anträgen habe ich noch eine Nebenbemerkung. Das Legislaturziel des Stadtrats heisst: Förderung der Biodiversität in der offenen Landschaft und im Siedlungsgebiet. Auch das LEK heisst: Landschaftliches Entwicklungskonzept. Dass die Landwirtschaft offen sein soll für alle Veränderungen, die auf sie zukommen, das ist für mich selbstverständlich und gehört aber nicht in die Kompetenz des Wädenswiler Parlamentes. Wenn man noch über die Biodiversität der Landwirtschaft redet, dann kommt man zu lustigen Wortgefechten.

Zum Stellenantrag: Grundsätzlich ist es für die Abteilung Planen und Bauen erfreulich, dass die grünen Themen auch bei der GRPK angekommen sind und von ihr unterstützt werden. Noch vor wenigen Jahren habe ich an dieser Stelle noch die Massnahmen im Rahmen des LEK gut begründen und erklären müssen.

Ich kann Ihnen auch versichern, dass für eine solche Stelle genug Arbeit vorhanden wäre. Im Antrag sind die beschriebenen Themen zusammengefasst und man kann dies auch mit Beispielen ergänzen:

- Unterhalt und Revitalisierung der Gewässer, auch im Rahmen des Hochwasserschutzes
- Betreuung der kommunalen Naturschutzflächen inkl. deren Bewirtschafter
- Neophytenbekämpfung im ganzen Gemeindegebiet
- Beratungen im Rahmen von Baugesuchen
- Begleitung der Forstwirtschaft und des Försters bei seinen Aufgaben
- Kontakt gegenüber Kanton, Privaten und Eigentümern bei all diesen grünen Themen

Die Liste liesse sich verlängern, aber ich kann ihnen versichern, dass die Abteilung Planen und Bauen in den vergangenen Jahren nicht einfach nichts zu diesen Themen gemacht hat. Die vorab beschriebenen Arbeiten wurden auf unsere Mitarbeitenden aufgeteilt, auch der zuständige Stadtrat ist nicht ganz ungeschoren davongekommen. Und diese Themen sind auch beraten worden.

Es gibt aber zu dieser Stelle schon noch ein grosses und dickes Aber. Insbesondere die steuerfinanzierten Bereiche stehen seit mehreren Jahren unter einem grossen Spardruck. Planen und Bauen ist für viele Bereiche verantwortlich. Ich glaube, ich muss es an dieser Stelle nicht aufzählen. Für alle diese Bereiche ist es nicht gerade motivierend, wenn dann plötzlich die grünen Themen exklusiv in den Himmel gehoben und grosszügig Gelder gesprochen werden, währenddem bei allen anderen Bereichen die Zitrone ausgepresst wird.

Ich muss Ihnen auch klar mitteilen, dass eine solche Stelle viele weitere Massnahmen auslösen wird. Die im LEK beschriebenen Massnahmen werden mit dieser Stelle nicht gratis umgesetzt, sondern das ist dann der zweite Schritt. Diese Massnahmen sind schnell im fünf- und sechsstelligen Bereich. Ich bin dann gespannt, ob diese Beträge in Zukunft in der Investitionsrechnung vom Parlament unterstützt werden.

In den Budgetberatungen des Stadtrats musste über viele Anträge für neue Stellen beraten werden. Der Stadtrat hat dies sorgfältig und sachlich getan. Es gibt auch noch viele weitere Wünsche aus allen Abteilungen, die eingegangen sind. Teilweise wurden diese Wünsche im Budget eingestellt, teilweise sind sie zurückgestellt, andere sind ganz gestrichen worden. Die aktuellen Anträge der GRPK nehmen absolut keinen Bezug zu all diesen anderen Wünschen oder Bedürfnissen aus den anderen Abteilungen. Die GRPK priorisiert ein einzelnes Thema ohne Rücksicht auf ein anderes.

Es ist ein Novum, dass das Parlament über Stellenanträge inklusiv Stellenbeschrieb berät. Der Stellenplan liegt aber ganz klar im Aufgabenbereich der Exekutive, der Stadtrat würde sich bei einer positiven Entscheidung das Recht nehmen, noch einmal im Grundsatz darüber nachzudenken. Aus all diesen Gründen empfehle ich ihnen, die beiden Anträge der GRPK nicht zu unterstützen.

Hans Roth, SP: Ich möchte nicht nochmals wiederholen, was Joël Utiger vor zwei Wochen gesagt hat. Wenn man das ganze Papier studiert, und sieht, welche Posten vorhanden sind, die man koordinieren soll, dann denke ich, dass ein Antrag für eine solche Stelle zu unterstützen ist.

Pierre Rappazzo, GLP: Wir Grünliberalen haben da auch noch etwas zu ergänzen. Wir unterstützen die Arbeiten zur Biodiversität ganz genauso wie Rita Hug erklärt hat. Wir sehen eine solche Arbeit aber in bezirkswweiter Zusammenarbeit, da viel fachspezifisches Know-how aufgebaut und erhalten bleiben muss. Diese Arbeiten müssen aber mit den bestehenden Ressourcen bezahlt werden. Das ist definitiv unsere Meinung. Ich habe im Eingangsvotum darauf hingewiesen, dass sich die Verwaltungskosten um 50 % erhöht haben. Eine weitere finanzielle Aufblähung des Verwaltungsapparates unterstützen wir daher nicht.

Gabi Bachmann, EVP: Am letzten Stadtneuland Dialog, übrigens eine ganz tolle Veranstaltung, welche zu empfehlen ist, erntete Lukas Bühlmann, Direktor des schweizerischen Verbands für Raumplanung mit folgender Aussage Applaus: Ich zitiere sinngemäss: Die bebauten bzw. bebaubaren Flächen einer Gemeinde und die grünen Anteile sind wie Zwillinge.

Mir gefällt dieses Bild, und ich finde es sehr passend. Zwillinge sind gleichwertig und gleichberechtigt. Sie sollten gleich viel Aufmerksamkeit bekommen und dieselbe Unterstützung erfahren, damit sie sich beide gesund entwickeln.

Gerade in Projektierungs-, Planungs- und Bewilligungsverfahren bekommt der Zwilling Natur nicht nur in Wädenswil vielfach nicht die Beachtung und auch nicht die Mittel, die ihm zustünden. Oft einfach aus dem Grund, weil da niemand ist, der sich mit seinen Bedürfnissen gut genug auskennt.

Und es ist kompliziert genug: Was es da alles zu beachten gäbe: gesetzliche Anforderungen, praktisches übergreifendes Fachwissen, Kenntnis der technischen Möglichkeiten usw.

Wenn sich dann noch die kantonalen Ämter einschalten, wird es noch komplexer, gerade in Wädenswil mit seinem grossen Anteil an landwirtschaftlichen Flächen. Da könnte ich jetzt noch manch ein Münsterli erzählen.

Es ist doch wie bei einem grösseren Bauprojekt: Ohne eine kompetente Projektleitung, die alles im Überblick behält, wird es schwierig. Da kann man noch so gute Planer und Handwerker anstellen, die ihr spezifisches Fachgebiet gut beherrschen. Und so ähnlich sehe ich das mit dem grossen Bauprojekt Biodiversität in Wädenswil. Ohne eine kompetente und umsichtige Gesamtleitung bleibt es beim zwar gutgemeinten aber nicht unbedingt effizienten Nebeneinander verschiedenster Akteure. Und dann wird es am Schluss eventuell sogar noch teurer. Und wie beim Bauen spart man am Schluss eher, dank der Gesamtleitung.

Darum ist die EVP für die Fachstelle im Sinne einer Naturschutzanlaufstelle sowohl für die Verwaltung wie auch für die Bevölkerung. Damit der Zwilling Natur auch die Stellung bekommt, die ihm zusteht.

Wichtig ist, dass die Person nebst sehr viel Fachwissen in naturschützerischer Sicht auch sehr gute Kenntnisse der rechtlichen Grundlagen z.B. aus landwirtschaftlicher Sicht mitbringt und so die Stadt fundiert gegenüber dem Kanton vertreten kann.

Sicher, die Rabatten wird ein solcher Fachstellenleiter vermutlich auch nicht jäten. Aber er kann entscheidend mithelfen, dass die Biodiversität in Wädenswil unter dem Strich in sinnvoller Frist wieder zunimmt.

Dass konkrete Massnahmen dann auch wieder kosten ist klar und wir verstehen nicht, warum man nicht gerade einen Teil der ZKB Geldes genau hierfür brauchen kann.

Joël Utiger, CVP: Ich halte mich kurz, da die wichtigsten Sachen von meinen Vorrednern bereits gesagt worden sind. Mit den Antworten des Stadtrats auf unsere Interpellation ist klar ersichtlich geworden, dass dem Stadtrat aktuell gewisse Ressourcen fehlen, um die Ziele erreichen zu können. Deshalb wollen wir mit dieser neuen Fachstelle zusätzliche Ressourcen schaffen, um die Ziele auch erreichen zu können. Die Fachstelle ist sicherlich eine grosse Entlastung für die Verwaltung und die ideale Schnittstelle rund um das Thema Biodiversität.

Die CVP hat in diesem Jahr den Antrag zur Ausrufung des Klimanotstandes in Wädenswil abgelehnt. Sie wollte lieber klare Massnahmen ergreifen, als Symbol-Politik zu betreiben. Die neue Stelle ist eine klare Massnahme und wird der Biodiversität in Wädenswil sicher guttun.

Claudia Bühlmann, Grüne: Braucht es diese Stelle jetzt, wo das Geld so knapp in der Stadtkasse ist? Können wir uns solch eine Stelle überhaupt leisten? Das sind die Fragen. Ich denke aber, dass dies die falschen Fragen sind. Können wir uns leisten, nichts zu machen, obwohl wir immer wieder hören und lesen, dass das Insektensterben ein unvorstellbares Ausmass annimmt? Jetzt oder heute – stimmt es, dass es weniger Insekten hat? Ich habe es bei mir auf dem Balkon beim Koriander selbst erlebt. Letztes Jahr sind die Blüten voll von Wildbienen gewesen. Dieses Jahr hat es kaum eine von diesen Wildbienen gehabt. Aber ist es jetzt das grosse Insektensterben? Ich weiss es nicht, aber sie sind einfach nicht da gewesen. Aber ich weiss eines: Wir brauchen diese kleinen Tiere und wir brauchen eine möglichst grosse Vielfalt an Lebewesen in und um Wädenswil. Ohne diese wird es keine Früchte mehr geben. Keine Früchte aus Wädenswil, wahrscheinlich auch keine mehr aus

der Schweiz, aus Europa, gar keine Früchte. Wir können uns dies gar nicht vorstellen, aber in gewissen Gegenden auf der Welt ist es bereits Realität.

Wir haben es heute Abend in der Hand, dieser Gefahr ein wenig entgegenzuwirken. Handeln, anstatt den Kopf in den Sand stecken und hoffen, dass es schon gut kommt. Wenn wir diese Stelle für Biodiversität schaffen und das Geld aussprechen, wird Wädenswil eine Fachperson anstellen können. Es geht darum, Strategien und Konzepte umzusetzen, Pflegepläne zu erstellen, Mitarbeitende zu schulen und Bauende zu beraten. Es macht Sinn, dies von einer Person innerhalb der Abteilung Planen und Bauen machen zu lassen und nicht von einer externen Fachperson, welche dann nach 400 oder 450 Arbeitsstunden weg ist. Also sind wir mutig und bewilligen das Budget für die zusätzliche Stelle in der Abteilung Planen und Bauen.

Sandy Bossert, SVP: Ich möchte einfach zu diesem Thema sagen, dass im Kanton neue Stellen geschaffen worden sind, genau für solche Sachen. Ich würde sagen, dass wir uns als Gemeinde da einkaufen dürfen, dass solch eine Fachperson vorbeikommen und konkrete Projekte erläutern oder zeigen soll und dann könnte man dies peu à peu umsetzen. Diese Fr. 150'000 für einen Umweltingenieur, da hört irgendwo die Fronarbeit auf. Solche Jobs sind immer so extrem teuer und ich finde, dass wir kleinere Projekte anzerren können, einfach dem Budget zu liebe und schauen, wie es sich entwickelt. Wenn man sieht, dass sich in zwei oder drei Jahren das Budget erholt, und ja, wir haben viele Projekte, dann können wir immer noch darüber diskutieren, ob wir eine Fachperson selbst einstellen wollen. Aber es gibt auch kleinere Projekte, die wir selbst in die Hand nehmen können.

Pascal Rubin, BFPW: Gegen Biodiversität kann niemand sein. Ich glaube, dass wir das alle im Rat möchten, dass in Zukunft besser auf die Natur, Umweltangelegenheiten und Biodiversität geschaut wird. Es ist lobenswert, dass die gesetzten Legislaturziele erreicht werden und auch immer im Fokus stehen. Jedoch ist es mir und dem Bürgerlichen Forum wichtig, dass die Ziele nicht auf Biegen und Brechen basieren. Es kann nicht sein, dass wir uns finanziell immer mehr verschulden und unsere Ansprüche sich immer auf dem höchsten Level befinden. Ich frage sie meine Damen und Herren im Rat, ist es in Ordnung, dass unsere Urenkel in Zukunft in einer ökologisch perfekten grünen Stadt leben dürfen, wir ihnen aber ein finanzielles Desaster hinterlassen? An einem bestimmten Verschuldungspunkt stellt sich nicht mehr die Frage, was für Ressourcen und Personal wir benötigen, um die Ziele zu erreichen, sondern, was wir ändern und anpassen müssen, um nicht weiter in die Verschuldung zu geraten und nicht weiter Misswirtschaft zu betreiben. Neue Stellen schaffen und immer mehr Null-Co2-Forderungen stellen und nächstes Jahr Steuern erhöhen. Nein Danke! An diesem Punkt sagt wahrscheinlich auch die Mehrheit unserer Bevölkerung: «Nein Danke!» Es ist wichtig, dass in den diversen Abteilungen die Strukturen und die effizienten Stellen angepasst werden. Es ist tragisch, dass in gewissen Abteilungen die Leute unterbeschäftigt sind und nicht wissen, wann sie was erledigen sollen. Genau da kann Geld gespart werden und es ist schnell ersichtlich, ob eine Stelle zu viel oder zu wenig ist.

Ich sehe das Problem vor allem bei den Vorgesetzten. Die Vorgesetzten, so scheint es leider, sind zu faul, um neue effizientere Strukturen reinzubringen. Da werden wir jetzt wieder gezwungen externe Fachleute zu bezahlen, um Strukturen effizient aufzeigen zu lassen. Darum ist das Bürgerliche Forum gegen die neue Stelle Biodiversität in der Abteilung Planen und Bauen. Ich sage nicht «Nein Danke», sondern «Danke fürs Zuhören.»

Patrick Höhener, GP: Ich finde es spannend, was wir jetzt zu diesem Thema gehört haben. Einerseits sind wir alle der Meinung, dass es gebraucht wird, aber es soll einfach nichts kosten. Das ist der Konsens, welchen ich daraus höre. Und es kommt irgendwie schon gut. Das finde ich löblich, das ist schön und das ist auch durchaus sympathisch, aber ich glaube, das ist nichts wert.

Dann finde ich es noch spannend, dass man sagt, dass wir schauen und vielleicht einzelne Projekte anreissen können, und wenn es uns dann finanziell bessergeht, gibt es vielleicht auch mehr Geld. Wir haben gesehen, dass die Verschuldung massiv steigt, also die Perspektive ist ja total nicht so, dass es irgendwann in der Zukunft bessergeht. Sondern wir werden noch mehr verschuldet sein, also immer weniger Geld zur Verfügung haben. Das kann man erreichen, indem man die Steuern einfach partout nicht erhöhen will. Denn das ist ja ein Tabu und weil man auf der Steuerseite nichts erhöhen will, wird man es nie erreichen, dass man irgendwo auf einen grünen Zweig mit den Finanzen kommt und Kapitalmässig besser dasteht, auf den einzelnen Bürger und die ganze Stadt bezogen.

Also lange Reden kurzer Sinn: Es ist alles sehr löblich, aber führt nirgendwo hin. Ich finde, dass es entweder ernst ist und dann müssen wir Geld in die Hand nehmen oder sonst ist es ein Lippenbekenntnis.

Gemeinderatspräsident André Zürrer: Wir kommen nun zur Abstimmung. Wir werden über jeden Antrag einzeln abstimmen. Das heisst, jeder hat eine Stimme bei jedem Antrag.

Abstimmung über die Anträge

Die Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Aufwandkonto wird zusätzlich mit jährlich Fr. 150'000 belastet. Diese Fr. 150'000 sollen für eine Stelle zur Projektleitung und Mitarbeit bei Natur- und Umweltangelegenheiten und Biodiversität gesprochen werden.

(Aufgrund eines Zählfehlers muss die Abstimmung wiederholt werden.)

Der Mehrheitsantrag wird mit 18:17 Stimmen angenommen.

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Zwecks Erstellung eines Massnahmenplanes zur Umsetzung des Legislaturziels der Stadt Wädenswil zur „Biodiversität in der offenen Landwirtschaft und im Siedlungsgebiet hat zugenommen“ sollen Fr. 60'000 für eine externe Beratung gesprochen werden.

Der Antrag wird ohne Gegenstimme abgelehnt.

(Kurze Pause von 10 Minuten.)

(Gemeinderatspräsident André Zürrer weist darauf hin, dass die betreffenden Zuschauer nun zwar gegangen sind, es sich aber nicht gehört, Abstimmungsergebnisse durch Klatschen oder andere Gefühlsbekundungen zu werten.)

Werke (S. 59 bis 71)

Globalbudgets Werke:

Gasversorgung (S. 252/253)

Wasserversorgung (S. 253/254)

Entsorgung und Recycling separates Dokument (540 FLAG)

Tankstelle und Wärme (S. 254 bis 256)

GRPK-Referent Angelo Minutella, GLP: Am 25. Oktober 2019 ist Ernst (Grübi) Brupbacher, Rolf Baumbach sowie Monika Salzmann mir und Rita Hug Red und Antwort gestanden. Herzlichen Dank für Ihre Zeit und die ausführlichen Antworten.

Die Werke planen ein um etwa 8 % tieferes Budget, dies aufgrund von günstigeren Gaseinkaufspreisen sowie tieferem Gasverbrauch.

Die Schwerpunkte der Werke im Jahr 2020 liegen in der Sicherstellung des Betriebs des neuen Entsorgungsparks, der Digitalisierung der Lagerbewirtschaftung und Digitalisierung der Zählerablesung, im Aufbau einer strategischen Servicestelle «Wärmeversorgung» und im Erstellen eines Abschlussberichts einer möglichen Verselbständigung.

Zu Recycling und Entsorgung: Das Recyclinggeschäft ist ablauftechnisch sehr komplex und erfordert viel Personal. Obwohl finanziell aufwendig, konnten die Kosten stets optimiert werden, so dass die Gebühren stabil bleiben.

Dienste und Werke: Die Lohnsumme steigt um 5 %, dies beinhaltet den Teuerungsausgleich sowie eine zusätzliche Stelle für den Aufbau des Themas «Wärmeversorgung».

Gasversorgung: Der tiefere Gaspreis sowie der massive Rückgang des Gasverbrauchs verursachen ein Minus von 16 % bei den Betriebsmaterialien. Besonders zu erwähnen ist, dass der zweitwichtigste Gaskunde weggezogen ist. Die Neukundengewinnung wird immer schwieriger und die Bestandskunden sind eher rückläufig, weshalb man weiterhin mit Prämien versucht, den Gasabsatz zu stabilisieren. Neu liegt die Feuerungskontrolle bei den Werken – vorher bei Planen und Bauen. Dies ermöglicht einen engeren Kontakt zu potenziellen Gaskunden.

Wasserversorgung: Es wird mit einem höheren Wasserverbrauch gerechnet, weshalb das Budget «Verbrauchsmaterialien» um 7 % erhöht wurde. Hingegen konnte der übrige Material/Warenaufwand durch Eigenleistungen ersetzt werden und dadurch diese Position um 78 % senken.

Treueprämien für Gaskunden: Bestandes- und Neukunden werden weiterhin mit Treueprämien belohnt. Dafür wurden Fr. 130'000 budgetiert. Mit der aktuellen Klimadiskussion stellen wir diese Position in Frage und empfehlen, Förderbeiträge hauptsächlich für erneuerbare Energien einzusetzen.

Ein FLAG Ziel ist von den Werken selber abgeändert worden. Es geht um die Steigerung des Biogasanteils im Wärmemarkt. Das alte Ziel war die Erhöhung des Biogasanteils auf 10 % des Gesamtabsatzes bis 2019 durch Einführung des Standardprodukts 90 % Erdgas / 10 % Biogas. Das neue Ziel ist die sukzessive Erhöhung des Anteils erneuerbarer Gase im Standardprodukt von 20 % bis 2025 und 30 % bis 2030

Gleichgeordnete Anträge der GRPK

Die Mehrheit der GRPK beantragt ein neues FLAG-Ziel für Gasversorgung:

Förderbeiträge dürfen nur für erneuerbare Energieformen gewährt werden. Für Mix-Produkte muss der Anteil der erneuerbaren Energie mehr als 50 % betragen.

Eine Minderheit der GRPK beantragt ein neues FLAG-Ziel für Gasversorgung:

Förderbeiträge dürfen nur für Neuinstallationen von erneuerbaren Energiesystemen gewährt werden unter Ausschluss von Gasheizungen.

Begründung des Mehrheitsantrags

Angelo Minutella, GLP: Biogas gehört zu den neuen erneuerbaren Energien und ist somit CO₂-frei, ob importiert oder einheimisch produziert. Die Biogasproduktion kann lokal erzeugt werden und ist für die Gaseinspeisung oder die Strom- und Wärmeproduktion geeignet. Damit werden lokale Unternehmen bzw. Landwirtschafts- und Gemüsebetriebe unterstützt. Dieser Antrag soll der Biogasförderung zu Gute kommen und höher gewichtet, als die CO₂-lastige Erdgasproduktion. Zurzeit ist in der Schweiz die Biogasnachfrage weit höher als die Produktion, sodass mehrheitlich Biogas importiert werden muss. Dieser Antrag unterstützt den Ausstieg aus dem CO₂-lastigen Erdgasverbrauch. Die zwei Anträge unterscheiden sich dadurch, dass der erste Antrag für die Förderung mehr Biogasbezug voraussetzt, und letzterer jeglichen Gasbezug ausschliesst.

Begründung des Minderheitsantrags

Rita Hug, Grüne: Die Schlagzeilen in der NZZ am Sonntag vom 27. Oktober 2019 waren nicht gerade schmeichelhaft für uns: «Städte fördern klimaschädliches Gas.» Gemeint und auch namentlich erwähnt war Wädenswil. Zwischen Fr. 2'000 und Fr. 5'000 erhalten private und Firmen, wenn sie in Wädenswil auf eine Gasheizung umsteigen. Fr. 1'000 winken immerhin noch, wenn man seine alte durch eine neue Gasheizung ersetzt. Das Angebot klingt verlockend, der Flyer der Werke will den Kunden das Gefühl geben, sie täten damit etwas Gutes für die Umwelt. Klare Worte kommen, auch in diesem Zeitungsbericht, vom Leiter des Energiestadt-Programmes: «Finanzielle Beiträge an Gasheizungen sind völlig neben den Schuhen. Damit fördert man fossile Energieträger. Die Schweiz muss wegen des Klimawandels aber aus Öl und Gas aussteigen.» Insgesamt Fr. 130'000 Förderbeiträge haben die Werke bis anhin pro Jahr an Gaskunden verschenkt.

Das ist sicher ein falsches Zeichen. Im Wärmemarkt gibt es viele Alternativen zum Erdgas. Etwa Wärmepumpen oder Wärmeverbände. Mit grosser Freude haben wir Grünen das Postulat der SVP zur Kenntnis genommen, für die städtischen Liegenschaften Steinacher und Ort sowie AuPark einen Holzschnitzel-Wärmeverbund anzustreben. Statt, dass wir Schweizer Holz nach China exportieren und Gas aus dem Osten einkaufen, sollen wir das heimische Holz bei uns verwenden. Biogas ist zwar auch erneuerbar, kommt aber auch aus dem Ausland und ist nur beschränkt verfügbar. So kann es für eine sukzessive Erhöhung des Anteils erneuerbarer Gase im Standardprodukt verwendet werden für bereits bestehende Gasheizungen.

Die Fraktion der Grünen beantragt darum, die Förderbeiträge nur für Neuinstallationen von erneuerbaren Energiesystemen zu gewähren, unter Ausschluss von Gasheizungen.

Daniel Willi, SP: Ich möchte eine Lanze brechen für unsere Gasversorgung. Das ist ein, auf den ersten Blick, befremdendes Votum aus der linken Ratsseite. Wir wissen ja alle, dass unser Gas ein wesentlicher Faktor in der CO₂-Problematik darstellt.

Ich möchte folgende Aspekte für die Zukunft unserer Gasversorgung zu bedenken geben: Wir haben ein grosses Leitungsnetz: Etwa 50 km Röhren sind im Boden aufwendig gebaut worden. Es ist in gutem Zustand und die Energie kann mit minimalem Aufwand transportiert werden. Es braucht zum Beispiel keine Lastwagen, die Holzschnitzel ins Stadtzentrum oder in eine Schulanlage fahren müssen.

Biogas wäre, wie heimisches Holz auch, eigentlich ein nahezu CO₂-neutraler Rohstoff. Aber die vorhandenen Mengen an biogenem Abfall reichen nicht aus, um die Energiewende in der Schweiz ausschliesslich mit Biogas umzusetzen.

Die Energiewende in der Schweiz setzt auf Sonnenenergie, insbesondere Photovoltaik. Da ist aber das Problem, wie kann man den vielen überschüssigen Sonnenstrom am Mittag speichern? Eine Idee ist, und das ist auch nichts neues, Power-to-Gas, also die Verknüpfung des Strom- und des Gasnetzes.

Die Forschung nach Erneuerbaren Gasen, also künstlich erzeugtem Methan läuft intensiv. Die Idee ist einfach: Mit überschüssigem Strom wird Wasser mittels Elektrolyse in Wasserstoff und Sauerstoff gespalten und anschliessend wird der Wasserstoff katalytisch mit CO₂ verbunden und so CH₄ produziert. Das Methan lässt sich einfach im Leitungsnetz oder in Tanks speichern und bei Bedarf wieder zu Strom verbrennen.

Das sind keine Zukunftsgedanken, die in weiter Ferne liegen. Unsere Werke haben sich bereits Bezugsrechte gesichert, um in Island mit Strom aus Geothermie produziertes erneuerbares Methan einzukaufen. An der Hochschule in Rapperswil steht eine Versuchsanlage, die bereits heute eine Gastankstelle bedient.

Es wäre darum falsch und fatal, wenn wir jetzt das Gasnetz ausser Betrieb nehmen oder die Wirtschaftlichkeit unserer Versorgung schwächen. Im Gegenteil: Die Energiewende können wir nicht mit einer einzigen Technologie bewerkstelligen. Daher müssen wir uns alle Lösungswege offenhalten. Die Gasversorgung ist im jetzigen Zeitpunkt ein Teil dieser Lösung. Daher ist unsere Meinung, dass wir sie unterstützen müssen.

Wenn wir in zehn Jahren sehen, dass die Forschung die erhofften Technologien nicht marktreif bringen konnte, sind wir die ersten, die die Abschaffung der Gasversorgung verlangen. Aber solange ist es aus unserer Sicht energetisch zum Beispiel viel sinnvoller, ein bereits mit Gas erschlossenes Gebäude mit 100 % Biogas zu beheizen, als neue Holzschnitzel- oder Seewasserheizungen mit allen nötigen Bauwerken und Leitungen und der dazugehörigen grauen Energie zu bauen. Unser Gasnetz ist wie gesagt bereits gebaut. Wir müssen es nur richtig nutzen. Und richtig nutzen heisst, mit einem hohen Anteil an erneuerbarem Gas.

Ulrich Reiter, GP: Ich muss da etwas widersprechen. Diese Diskussion ist ganz Wichtig und wir müssen diese nicht im Rahmen einer Budgetdiskussion führen. Sondern in der Diskussion um die Zukunft der Werke. Die Wärmeversorgung muss Co₂-frei werden, das zeigen ganz viele Studien für die Zukunft. Das Gas kann einen Beitrag leisten, wird aber einen starken Rückgang erleben und nur noch dort Berechtigung haben, wo es in einer Verdichtung in der Kernzone heute zum Einsatz kommt. Das führt dazu, und das wurde heute auch

schon angesprochen, dass die Gasnachfrage stark zurückgehen wird und man sich heute schon Gedanken darüber machen muss, wo es noch sinnvoll eingesetzt werden kann, wenn überhaupt. Das Biogas reicht für die Gesamtversorgung in der Schweiz nicht aus. Das inländische Potenzial reicht etwa für 30 % der Energiegasversorgung. Wenn man anschaut, was Europa für Co2-Ziele hat, dann wird jedes Land auf die eigenen Biogas Ressourcen setzen. Wir werden nicht davon ausgehen können, dass wir langfristig Biogas importieren können. Das heisst, auch dort wird es einen Wettbewerb geben um die geringen Ressourcen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur nochmals wiederholen: Die Gas-Strategie müssen wir im Zusammenhang mit den Werken diskutieren und nicht hier in der Budgetdebatte. Ich denke, es ist jetzt wichtig, dass wenn wir die Fördergelder sprechen, dass man dies nur für Technologien spricht, die wirtschaftlich sind. Das ist eigentlich auch ein liberaler Ansatz. Heizungen, die uns auf dem Markt finanzieren können, müssen nicht gefördert werden. Es macht also keinen Sinn, Gasheizungen zu fördern. Wenn, dann müssen es Investitionsbeiträge sein für neue Technologien. Wenn man ins Power-to-Gas gehen möchte, welches heute noch nicht wirtschaftlich ist, dann müssen diese Systeme gefördert werden. Damit diese soweit ihre Kosten senken können, dass sie auf dem Markt auch bestehen können und nicht die Fördergelder so einsetzen, für Technologien die eigentlich so finanziert werden können.

Auch lehnen wir es ab, dass das Produkt gefährdet wird. Überwachung der Einhaltung, ob jetzt der Kunde wirklich die 30 % Biogas bezieht über eine Langfrist, die vielleicht einmal gefährdet hat, ist mit hohen Aufwänden verbunden. Es ist nicht einfach zu kontrollieren. Die Überwachungsaufwände kann man verhindern, wenn man den Minderheitsantrag unterstützt und sagt: Fördergelder gibt es nur für Investitionen, die neue Technologien fördert, die noch nicht auf dem Markt funktionieren und dementsprechend Förderungsberechtigung haben.

Gemeinderatspräsident André Zürrer: Da der Mehrheits- und der Minderheitsantrag der GRPK sowie der Antrag des Stadtrats gleichgeordnet sind, wird nun im Sinne von Art 40 des Geschäftsreglements über alle Anträge gleichzeitig abgestimmt. Jeder hat nur eine Stimme; im sogenannten Cup-System.

Abstimmung über die Anträge

Der Mehrheitsantrag der GRPK hat mit 18 Stimmen das absolute Mehr erreicht und obsiegt.

(Der Minderheitsantrag hat 8 Stimmen und jener des Stadtrats hat 9 Stimmen.)

(Gemeinderatspräsident André Zürrer orientiert über einen weiteren Antrag zu einem neuen FLAG Ziel bei der Gasversorgung durch die einstimmige GRPK)

Antrag der GRPK

Zur Steigerung des Biogasanteils im Wärmemarkt:
Sukzessive Erhöhung des Anteils erneuerbarer Gase im Standardprodukt von
30 % bis 2025 und 50 % bis 2030

Begründung des Antrags:

(Angelo Minutella, GLP erklärt, es sei schon alles gesagt worden und auf weitere Ergänzungen verzichte.)

Abstimmung über den Antrag

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK mit 26:9 Stimmen zu.

Sicherheit und Gesundheit (S. 72 bis 88)

Globalbudgets Sicherheit und Gesundheit:

Stadtpolizei (S. 257/258)

Bäder (S. 259/260)

GRPK-Referent Nicolas Rasper, SVP: Mit Angelo Minutella haben wir die Abteilung Sicherheit und Gesundheit besucht und danken Jonas Erni und Sebastian Epp für die Beantwortung der Fragen. Gerne gehe ich auf einzelne Punkte ein, weitere Informationen befinden sich im Bericht.

Das Budget 2020 der Abteilung Sicherheit und Gesundheit gestaltet sich im Vergleich zum Vorjahr beinahe identisch. Im Gesundheitsbereich, welcher den grössten Budgetposten darstellt, sinken die vom Kanton berechneten Normkosten leicht und daher auch die Normdefizite. Der Nettoaufwand sinkt beim Budgetposten Gesundheit um Fr. 300'000 auf Fr. 9 Mio. Franken, auch aufgrund der Hochrechnung 2019.

Die Polizei hat ein neues Park-App eingeführt, da verweise ich auf Medienmitteilung vom 12. November 2019. Die Implementierungs-Kosten werden im Budget 2020 nicht mehr auf-tauchen. Die Springereinsätze zwischen Wädenswil, Richterswil und Horgen bei Anlässen waren früher nicht klar organisiert, vor allem bei den Beiträgen der Sozialabgaben. Nun wird dies unter den Gemeinden klar geregelt.

Der Budgetposten Schiessbetrieb wächst um beinahe 50 % von Fr. 85'000 auf Fr. 125'000, da in der Beichlen zwei weitere Schiessbahnen sowie ein Ersatzteillager gebaut werden. Die zwei zusätzlichen Bahnen sind auf die Schliessung der Schiessanlage Schönenberg im Zuge der Eingemeindung zurückzuführen.

Bei den Bädern kann ergänzend gesagt werden, dass 2020 die letzte Sanierung im Hallenbad Untermosen durchgeführt wird und zwar bei der Sauna und der Lüftung des Restaurants.

Noch ein letzter Punkt: Das revidierte Personen- und Besoldungsstatut stellt gemäss der Abteilung Sicherheit und Gesundheit in ihrer Abteilung kein Problem dar.

Schule und Jugend (S. 89 bis 104)

Globalbudget Schule und Jugend:

Soziokultur (S. 261 – 262)

GRPK-Referentin Rita Hug, Grüne: Am 1. November 2019 haben Cornelia Dätwyler und ich die Abteilung Schule und Jugend besucht. Es wurden viele Fragen gestellt, die bestens von Stadträtin Alexia Bischof, Patrick Weil und Aurel Greter beantwortet wurden.

Mit dem Budget 2020 wurde in Wädenswil die 40-Millionen-Hürde des Nettoaufwandes geknackt. Das lässt einem schon leer schlucken. Das ist sehr viel Geld und es ist klar, dass man diesen enormen Posten hinterfragen muss.

Was sind die Gründe für diesen enormen Anstieg? Gebundene Kosten, wie zum Beispiel die Löhne der Lehrpersonen werden gemäss Vorgaben des Volksschulamtes um Fr. 660'000 erhöht. Im neuen Kindergarten Meierhof wurde eine zusätzliche Klasse eröffnet, natürlich mit einer neuen Kindergärtnerin. Die Schulverwaltung ist schon seit längerem unterbesetzt und bekommt endlich eine 70 % Stelle zugesprochen.

Es ist aber nicht so, dass diese Abteilung sich in Luxus suhlen kann. So ist die Infrastruktur in der Schulverwaltung einfach nicht optimal. Es gibt noch immer ein Schnittstellen-Problem zwischen dem IT-RUF-System und dem I-Campus. Beide Systeme lassen keine Auswertungen und Statistiken zu. Diese müssen noch immer mühsam mit Excel gemacht werden, obwohl man heutzutage bei einem einigermaßen modernen System alles einfach aus dem System ziehen könnte. Die Personal-Ressourcen, die da unnötig verschleudert werden, sind enorm.

Wir sehen die enorme Belastung, doch bei aller Sympathie und allem Goodwill gegenüber der Abteilung Schule & Jugend sind wir von der GRPK einfach etwas ratlos, wie es mit diesen enormen Kosten weitergehen soll. Darum möchten wir als Hilfestellung der Abteilung Schule und Jugend eine externe Beratung zur Optimierung der Abläufe zur Verfügung stellen. Im Alltagsgeschäft hat man einfach zu wenig Zeit, Abläufe zu hinterfragen, darum denken wir, dass der Antrag über die Fr. 60'000 gut investiert ist.

Es werden noch schwierige Zeiten auf diese Abteilung zukommen. Bei weiteren 700 Wohnungen die im Hangenmoos, an der Oberdorfstrasse bis zur Etzelstrasse, an der Speerstrasse und im Aupark gebaut werden, wird es nochmals einige 100 Schülerinnen und Schüler geben, die alle IT-Infrastruktur, Lehrkräfte, Mittagsbetreuung, Aufgabenhilfen usw. brauchen. Es wird einen regelrechten Container-Turm geben, um all die Kinder irgendwo unterzubringen. In der Au hat es schon jetzt 10 Schulcontainer – die Miete jedes Containers kostet zwischen Fr. 80'000 und Fr. 100'000 pro Jahr. Mit diesen Aussichten wäre es sicher nötig, zu schauen, ob es nicht kostengünstiger wäre, diese Container zu kaufen. Jetzt gilt es, diese ganze Entwicklung umsichtig zu planen und zu begleiten.

Antrag der GRPK

(Konto 0712.3130.00 Dienstleistung Dritter)

Die einstimmige GRPK beantragt:

Der Schule werden Fr. 60'000 für externe Beratungen zur Verfügung gestellt. Diese sollen genutzt werden, um die Effizienz der Strukturen der Schule zu überprüfen.

Neu: Fr. 60'000 (33 externe Beratertage)

Begründung des Antrags:

Angelo Minutella, GLP: Die aktuelle Pisa-Studie 2019 meint es nicht gerade gut mit uns. Schweizer Schülerinnen und Schüler sind in der Bewertung meist tiefer Durchschnitt und liegen unter dem OECD Durchschnitt. Die Lesekompetenz hat in den letzten zehn Jahren kontinuierlich abgenommen. Rund ein Viertel der Schüler und Schülerinnen in der Schweiz kann einen Text, den sie gelesen haben, nicht einmal in den Grundzügen verstehen.

Dafür hat die Schweiz und auch Wädenswil einen Spitzenrang bei den Bildungskosten erklommen: diese Kosten sind nicht nur einer der grössten Ausgabenposten der öffentlichen Hand, sondern auch einer mit den höchsten Steigerungsraten. Und trotzdem reden alle vom Sparen. In Wädenswil sinken die Schülerzahlen gemäss Voranschlag 2020, und trotzdem steigen die Bildungskosten um weitere 2.5 Mio. Franken. Dass bei den Wädenswiler Bildungsausgaben in den letzten 20 Jahren gespart wurde, stimmt einfach nicht.

Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass man sich die Bildung etwas kosten lässt. Doch geht es hier um das Verhältnis von Kosten und Nutzen. Und da ist es fraglich, ob die Leistungen der Gemeinden, die weniger ausgeben, wirklich schlechter sind. Ein Schüler hat in Wädenswil im Jahr 2018 fast Fr. 19'000 gekostet, und mit dem neuen Voranschlag 2020 steigen die Kosten auf satte Fr. 21'000 pro Jahr. Die Stadträtin Schule und Jugend glaubt, dass diese Kosten pro Schüler etwa im kantonalen Durchschnitt liegen.

Dem ist leider nicht so, weil nicht nur der kantonale Durchschnitt deutlich tiefer ist, sondern weil dieser Vergleich hinkt: Kleinere Gemeinden und Grossstädte wie Zürich und Winterthur haben strukturell höhere Kosten pro Schüler. Vergleicht man Wädenswil mit Zürcher Gemeinden zwischen 15'000 und 25'000 Einwohner, das wären 13 von 170 Gemeinden, so ist Wädenswil nach Adliswil und Wetzikon auf dem dritten Rang der höchsten Kosten pro Schüler und das ist der Stand 2018.

Man könnte argumentieren, dass das linke Zürichseeufer teurere Liegenschaften und generell ein höheres Lehrer-Lohnniveau hat, machen doch die Lehrerlöhne etwa 2/3 der Kosten aus. Um dies zu analysieren drängt sich ein langfristiger Vergleich mit den Bezirksgemeinden auf:

Resultat: In Wädenswil sind die Kosten pro Schüler seit 2001 bis 2018 um 75 % gestiegen. Ist das jetzt ein Problem, wohlwissend, dass die Klassen kleiner wurden, neue Schulgebäude erstellt, Mittagstische eingeführt wurden, die Sonderschulkosten gestiegen sind und ab dem Jahr 2012 kantonal Schulaufgaben den Gemeinden übertragen wurden?

Im Bezirksranking ist Wädenswil in Bezug auf die Kosten pro Schüler von den günstigen Rängen im Jahr 2001 auf den unrühmlichen ersten Platz katapultiert worden. Im 2017 Jahr

waren wir noch auf dem teuren dritten Rang. Der teuerste und zweit teuerste Rang gingen an folgende Kleingemeinden: Hütten und Schönenberg.

Haben Thalwil, Kilchberg, Rüschlikon und Horgen bessere oder schlechtere Schüler oder andere Kostenstrukturen? Mitnichten, während in Wädenswil die Kosten um dramatische 75 % gestiegen sind, waren es in Horgen nur 43 %, Rüschlikon 31 % und Kilchberg 29 %. Wir sollten uns nicht nur diese Gemeinden ganz genau anschauen, sondern vor allem Thalwil die das Kostenwachstum pro Schüler und Schülerinnen auf sagenhafte 23 % seit 2001 hat eingrenzen können. Was im Übrigen ein bisschen mehr als die Lohnsteigerungsrate der öffentlichen Dienste in der Gesamtschweiz entspricht.

Wer trägt für die unkontrollierten Kostensteigerungen unserer Gemeinde die Verantwortung: Es ist in erster Linie dieses Parlament, sowie die GRPK und der Stadtrat. Solange der Stadtrat nur ein durchschnittliches Problem sieht, und die GRPK trotz langjährigem Wissen den überdurchschnittlichen Kostensteigerungen keine griffigen Gegenmittel vorschlagen kann und sich das Parlament bei jeder Budgetsitzung in Detaildiskussionen über Aufgabenhilfen von wenigen tausend Franken die Zähne ausbeisst, werden wir dieses Problem der Effizienz nicht in den Griff bekommen.

Ich erwarte von den vorgeschlagenen Massnahmen aus dem Antrag

- 1) Transparenz der Kostensituation pro Schüler und deren Kostentreiber sowie Veröffentlichung dieser Statistiken
- 2) Effektives, kontinuierliches Monitoring der Kostenstrukturen pro Schüler als Führungsinstrument
- 3) Angestrebte Zielkosten pro Schüler nicht höher als die Top 3 Gemeinden im Kanton Zürich mit ähnlicher Grössenordnung, das heisst 15'000 – 25'000 Einwohner

Ich bitte sie, diesen Antrag zu unterstützen, bevor andere Umstände uns zwingen, zusammensitzen zu müssen um über tatsächliche Bildungsabbaukosten zu beraten. Denn ich glaube, wir sind uns einig, dass immer noch gilt, was der amerikanische Präsident John F. Kennedy einmal gesagt hatte: «Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung.»

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof: Wie wir im Budget der Finanzabteilung gesehen haben, sind dort bereits Fr. 60'000 für 3 Teilbereich-Untersuchungen der ganzen Stadt eingestellt worden. Die Schule gehört dazu. Falls der Betrag nicht reichen sollte, hat die Abteilung die Kompetenz, diesen zu erhöhen.

Wenn das Parlament nun der Schule aber zusätzlich Fr. 60'000 geben will, sagen wir natürlich nicht nein – es wäre aber nicht zwingend. Wir sind bereits in diversen Arbeitsgruppen am Analysieren und Verbessern. Da benötigen wir das ganze Jahr 2020 Zeit dafür.

Zu den Kosten im Allgemeinen: das hat vor allem mit dem HRM2 zu tun, denn uns werden nun viel höhere Kosten seitens Immobilien und IT quer verrechnet. Dazu kommt im Total der Lohnkosten noch die 5. zusätzliche Ferienwoche und auch die budgetierten 0.5 % Teuerungsausgleich, welcher jetzt ja tiefer ausfallen wird.

Im Schnitt können wir jetzt das Alles analysieren wie wir wollen, wie dies auch Angelo Minutella gemacht hat. Wir vergleichen uns mit dem ganzen Kanton Zürich und da sind wir mit

den Gesamtkosten pro Schüler genau in der Mitte. Wir gehen dem nach und in den verschiedensten Sachen, welche wir am Planen sind und auch schon am Laufen sind, und das bestätigen ganz viele Leute, welche mit sehr vielen Stunden damit beschäftigt sind, hoffen wir, dass wir da die eine oder andere Zahl auch herausholen und irgendwo ansetzen können. Denn es ist uns nicht gleich und es ist auch nicht ganz so toll, wenn wir jedes Jahr drankommen. Aber auch in anderen Gemeinden rund um den See, in der Zeitung kann man jeden Tag darüber lesen, besteht dieses Problem. Wir sind aber bestrebt und setzen alles daran um die Situation möglichst gut, möglichst schnell und möglichst bald zu ändern.

Urs Hauser, EVP: «Die GRPK nimmt zur Kenntnis, dass sich die Schule in einem grossen Umbruch befindet»... Die EVP-Fraktion freut sich, dass die GRPK die komplexe Umbruchsituation der Schule bestätigt ... «und beantragt Fr. 60'000 für eine externe Unterstützung.» Das tönt ebenfalls gut. Bei genauerem Studium der Antragsbegründung ergeben sich aber Fragezeichen. Geht es primär um die Unterstützung der Schule in einer schwierigen Phase, mit dem Ziel, die Kosten pro Schüler und Schülerin zu senken oder geht es um eine reine Sparmassnahme? Für uns von der EVP muss es ums Erste gehen.

Ich habe auf meinem Handy eine Zahnräder-Spiel-App. Dabei geht es darum, Zahnradsysteme richtig zum Laufen zu bringen. Level 1 – kein Problem, doch je höher der Level, desto komplexer die Rahmenbedingungen und aufwändiger bis fast unmöglich wird die Problemlösung. Übersetzt in ein Zahnradsystem hätte die Schule ein Level in schwindelerregender Höhe; ein System mit mehreren dominanten Antriebs- und vielen Output-Stellen, verschiedenen Ebenen, Schaltstellen, Vernetzungen, Übersetzungen, Verbindungen, ein aufwändiges und kostspieliges System. Aber – ein falsches Zahnrad kann das ganze System zum Harzen bringen. Es braucht hohe Fachkompetenz und Aufwand, dieses System als Ganzes zu verstehen.

Übertragen auf den vorliegenden Antrag: Es ist gut, dass die Abteilung Schule und Jugend selbst entscheiden kann, ob und wie sie die Fr. 60'000 zweckmässig einsetzen will oder überhaupt kann. Unter dieser Rahmenbedingung sind wir als EVP Fraktion bereit, den Antrag zu unterstützen.

Abstimmung über Antrag

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK einstimmig zu.

Soziales und Frohmatt (S. 104 bis 123)

Globalbudgets Soziales:

Soziale Dienste (S. 262/263);

Asylkoordination (S. 264);

Alterszentrum Frohmatt (S. 265/266)

GRPK-Referent Marco Kronauer, SVP: Am 30. Oktober 2019 haben ich und Judith Fürst die Abteilung Soziales besucht. Ich danke Markus Morger und Astrid Furrer für ihre Auskünfte.

Die Abteilung Soziales erwartet im Jahr 2020 ein um Fr. 1.7 Mio. tieferen Nettoaufwand im Vergleich zum 2019. Vor allem bei den Ergänzungsleistungen zur IV und AHV werden grössere Differenzen festgestellt. Folgendes kann dazu gesagt werden: Im Jahr 2016 hat die Dienststelle Sozialversicherungen eine Springerin eingesetzt um 50 Dossiers im Bereich zu überprüfen. Dadurch konnten Einsparungen von rund 50'000 Franken generiert werden. Um einen zweijährigen Überprüfungszyklus zu machen, müssen jährlich 350 Dossiers überprüft werden, wodurch dementsprechend Einsparungen von rund 350'000 Franken möglich wären. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Einsparungen noch deutlich grösser sind. Dies kommt sehr wahrscheinlich daher, dass in der Vergangenheit die Dienststelle eher zu wenig Personal zur Verfügung hatte. Für eine genauere Beurteilung von neuen Fällen und die weitere Überprüfung laufender Dossiers soll die Dienststelle eine weitere 85 %-Stelle erhalten.

Die budgetierten Einsparungen bei den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV zeigen auf, wie viel in diesem Fall durch zusätzliches Personal gespart werden kann. Trotz den Einsparungen wird in Zukunft aufgrund der demographischen Entwicklung mit steigenden Kosten, d.h. einer jährlichen Kostenzunahme von 5 % gerechnet. Die Abteilung Soziales hat uns mitgeteilt, dass zu viel ausbezahlte Beträge zurückgefordert werden, jedoch ist dies umso erfolgreicher, je zeitnaher dies erfolgt. Für mich stellt sich schlussendlich die Frage, ob hier den Bezüglern von Steuergeldern nicht klar ist, welche Pflichten sie haben oder ob sie von diesen Pflichten nichts wissen möchten.

Weiter soll ein externer Berater die Abteilung Soziales zum Erstellen eines Alterskonzeptes unterstützen. Dieser bringt Erfahrungen aus anderen Gemeinden mit. Das Ziel besteht darin, die Bevölkerung wieder mehr zu den Themen Alltagsunterstützung wie Nachbarschaftshilfe zu sensibilisieren.

Im Asylwesen wird eine Stelle aufgrund sinkender Asylsuchender nicht mehr besetzt. Dies reicht jedoch nicht, um das steigende Defizit zu kompensieren. Wie im FLAG Leistungsauftrag erwähnt, bleiben die Kosten vor allem für den Wohnraum bestehen. Falls eine weitere Kontingentssenkung kommt, muss der effektive Bedarf des benötigten Wohnraums überprüft werden.

Zur Frohmatt: Ebenfalls am 30. Oktober 2019 haben ich und Judith Fürst das Alterszentrum Frohmatt besucht. Danke an Fabian Risler, Cristian Rentsch und Astrid Furrer für die Ausführungen. Das Alterszentrum Frohmatt erwartet im Jahr 2020 einen leicht tieferen Nettoertrag von Fr. 1.6 Mio. Wie im FLAG Bericht erwähnt, kommt dies aufgrund von mehr Lohnkosten durch Teuerung und Lohnerhöhung, sowie durch mehr Personal im diplomierten Bereich. Wie im Bericht erwähnt, werden im 2020 sieben Betten aus dem betreuten Wohnen zu Demenzplätzen umgenutzt, da in diesem Bereich eine grössere Nachfrage besteht. Vor allem im jetzt laufenden Jahr stellte die angestrebte Belegung gemäss FLAG-Zielen im betreuten Wohnen eine Herausforderung dar.

Durch die Umstellung auf den Kontenplan HRM2 sind die Unterkonten für den Leser des Voranschlages 2020 nicht mehr gleich detailliert aufgeführt. Gemäss dem Alterszentrum Frohmatt ist dies in ihrem Sinne, da sie einen Globalkredit mit FLAG-Zielen haben. Somit haben nur noch die GRPK-Mitglieder einfachen Zugang zu den Detailzahlen. Aus diesem Grund sind alle anderen Gemeinderäte angehalten, in Zukunft die FLAG-Zielerreichung genau zu studieren. Dies gilt selbstverständlich nicht nur für die Frohmatt.

Investitionsrechnung (S. 201 bis 215) und ordentliche Abschreibungen (S. 238/239)

(Die Investitionsrechnung wird seitenweise durchgegangen. Es gibt keine Wortmeldungen)

Zum Budget und den Leistungsaufträgen gesamthaft

Gemeinderatspräsident André Zürrer: Ich fasse nun zusammen:

Bei Planen und Bauen wurde der Mehrheitsantrag der GRPK angenommen. Das Aufwandskonto wird zusätzlich mit jährlich Fr. 150'000 belastet. Diese Fr. 150'000 sollen für eine Stelle zur Projektleitung und Mitarbeit bei Natur- und Umweltangelegenheiten und Biodiversität gesprochen werden.

Bei den Werken wurde der Mehrheitsantrag der GRPK angenommen, für die FLAG-Ziele der Gasversorgung. Förderbeiträge dürfen nur für erneuerbare Energieformen gewährt werden. Für Mix-Produkte muss der Anteil der erneuerbaren Energie mehr als 50 % betragen.

Weiter wurde der einstimmige Antrag der GRPK für das neue FLAG-Ziel der Gasversorgung angenommen: Sukzessive Erhöhung des Anteils erneuerbarer Gase im Standardprodukt von 30 % bis 2025 und 50 % bis 2030.

Bei Schule und Jugend wurde der einstimmige Antrag der GRPK angenommen, der Schule Fr. 60'000 für externe Beratungen zur Verfügung zu stellen um die Effizienz der Strukturen zu überprüfen.

Abstimmung zum Budget und den Leistungsaufträgen

Der Rat stimmt dem Budget 2020 mit den heute beschlossenen Anträgen sowie den Leistungsaufträgen 2020 mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen mit 33 Stimmen zu.

Zweitens Steuerfuss 2020

GRPK-Präsident Christian Gross: Mein Votum ist schon fast nicht mehr nötig. Wenn sogar die GLP sagt, dass eine Steuerfusserhöhung nötig ist, dann ist sie wahrscheinlich nicht nur nötig, sondern absolut dringend und schon lang lang überfällig.

Ich möchte dem Antrag aber doch noch einen Hintergrund geben. Rund zehn Jahre ist es jetzt her, dass Wädenswil den Steuerfuss massiv abgesenkt hat. Damals waren die Ausgaben tief, es waren noch keine grösseren Investitionen angestanden und der finanzielle Spielraum war vorhanden. In der Hoffnung, dass alles so bleiben würde, haben sich alle Parteien in mehreren Schritten dazu entschlossen, den Steuerfuss um über 10 % zu senken. Immer

wurde betont, dass eine Erhöhung ja auch wieder möglich wäre, falls die finanzielle Situation sich ändert.

Die Situation hat sich geändert! Der Bund hat Kosten von der IV in die Sozialhilfe umgeleitet, was nicht nur für die Betroffenen, die zwischen den Ämtern hin und her geschoben werden, anstrengend ist – auch Wädenswil muss dadurch weitaus mehr Kosten tragen als früher. IV war Bundessache, die Sozialhilfe zahlen wir. Der Kanton hat beschlossen, einen grösseren Anteil der Lehrerlöhne den Gemeinden zu verrechnen und konnte so sein Budget entlasten – Wädenswil bezahlt aber mehr. Aufgrund der Bevölkerungsstruktur steigt die Anzahl der Betagten und – am anderen Ende der Alterspyramide – die Anzahl der Schulkinder. Diese beiden Bevölkerungsgruppen sind besonders auf staatliche Leistungen angewiesen, die finanzielle Situation von Wädenswil verschlechtert sich somit weiter. Und jetzt kommt auch noch unsere Infrastruktur in die Jahre und muss erneuert werden. Dies sind nur einige Beispiele, welche die meisten Gemeinden und momentan auch Wädenswil belastet. Notbremse-Massnahmen des Stadtrates haben die ganze Situation noch verschlimmert. Wie man es gerade vorher bei der Abteilung Soziales gehört hat. Wo man wegen zu wenig bewilligten Stellen sehr viel Geld verloren hat.

Das führt uns zu der Situation, die ich schon bei der Budgetvorstellung angesprochen habe und von vielen meiner Nachredner gleich beurteilt worden ist. Trotz temporärer Sondereffekte – insbesondere die momentan sehr tiefen Abschreibungen sind hier zu erwähnen – gelingt es einfach nicht, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Und zwar nicht nur für dieses Jahr nicht, die nächsten Jahre sehen noch schlimmer aus. Wenn es dem Stadtrat nicht einmal jetzt gelingt, mit tiefen Abschreibungen ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, was ist dann in fünf bis zehn Jahren, wenn dann die Abschreibungen wieder hoch sind?

Heute Abend ist viel von Effizienz in der Verwaltung gesprochen worden. Unsere Verwaltung ist sicher nicht aufgeblasen, im Vergleich mit anderen Städten sogar eher klein. Im Gegenteil, man soll einmal unsere IT mit derjenigen von Uster vergleichen. Selbst wenn noch ein paar Massnahmen möglich sind, die vielleicht Fr. 200'000 pro Jahr einsparen ohne, dass die Leistung darunter leidet. Wir sollten die Relationen nicht aus den Augen verlieren. Die städtische Nettoverschuldung steigt ganz grob um Fr. 15 Mio. pro Jahr. Da nützt es dann auch nichts, wenn die Verwaltung ein bisschen effizienter arbeitet.

Der Stadtrat versucht seit Jahren, mit dem tiefen Steuerfuss ein ausgeglichenes Budget hinzukriegen und manchmal gelingt es, aber meistens nicht. Und da mache ich dem Stadtrat nicht einmal einen Vorwurf. Es ist einfach nicht möglich, beim massiv gesenkten Steuerfuss und massiven Mehrbelastungen, das Budget ausgeglichen zu halten. Darum gilt es jetzt, einen Teil der Steuersenkungen der Vergangenheit rückgängig zu machen. Die Steuererhöhung um 2 % erlaubt es, dass wir nicht nur in diesem Jahr einen leichten Überschuss erzielen, sondern auch die geplanten Defizite zumindest in der Laufenden Rechnung für die nächsten paar Jahre ausgleichen. Mir ist bewusst, dass man sich mit Steuererhöhungen nicht wahnsinnig beliebt macht. Mir ist auch bewusst, dass der Stadtrat vor der Eingemeindung ein eigentlich unhaltbares Versprechen abgegeben hat. Aber eben genau, weil dieses Versprechen unhaltbar ist, bitte ich euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute einen nachhaltigen Entscheid zu fällen und dem Antrag auf Erhöhung um 2 % zuzustimmen.

Anträge der GRPK

Die Mehrheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss auf 87 % zu erhöhen.

Eine Minderheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss unverändert bei 85 % zu belassen.

(Gemeinderatspräsident erklärt, dass man das Votum zu Begründung des Mehrheitsantrags bereits gehört habe und nun Angelo Minutella das Wort zur Begründung des Minderheitsantrags habe.)

Begründung des Minderheitsantrags:

Angelo Minutella, GLP: Liebe Steuerzahlerinnen, liebe Steuerzahler, wieviel Steuern braucht die Stadt Wädenswil? Es ist nicht so, dass die Stadt immer weniger Geld bekommt, im Gegenteil, sie bekommt ständig mehr! Seit dem Jahr 2000 sind die Aufwände pro Einwohner um 40 % gestiegen, die Teuerungsrate lag jedoch bei 7 %. 2 % Steuererhöhung heisst konkret etwa Fr. 1.2 Mio. mehr Erträge. Der Finanz- und Entwicklungsplan 2020-2023 sieht jährliche Investition von Fr. 17 Mio. vor. Die 2 % Erhöhung sind erst der Beginn einer langjährigen Steuerfusserhöhung. Die OSW hat ihre Steuerfusserhöhung für nächstes Jahr bereits angekündigt. Auch die Werke haben bereits weitere Gebührenerhöhungen bekanntgegeben. Und gleichzeitig erhöhen sich laufend die Krankenkassenprämien, Sozialabgaben und Mietkosten. Wer wird wohl unter dieser Konstellation am meisten leiden bei einem durchschnittlichen steuerbaren Einkommen von Fr. 67'000 in Wädenswil? Es ist genau diese grosse Mehrheit, die nicht nur unter der Abgabenlast ächzt, sondern auch letztendlich auf Zuschüsse angewiesen ist, die wiederum von Steuerzahlern berappt werden müssen.

Dieses Parlament entscheidet heute über eine Steuererhöhung auf Grund des FEP 2020-2023. Es wäre eine Erhöhung, die nicht vom Stadtrat beantragt wurde und aufgrund der anstehenden Investitionen zu einer Steuerfusserhöhungsrally führen muss. Es ist dieses Parlament, welches zu den anstehenden immens hohen Investitionen meistens Ja gesagt hat und jetzt konsequenterweise nicht nur einmalig die Steuern erhöhen muss, wohlwissend, dass dies vor allem der Mehrheit der Durchschnittsverdienenden weh tun wird. Es ist nicht die Stadt, die laufend mehr ausgibt, sondern dieses Parlament, welches laufend das höhere Budget durchwinkt.

Haben wir keine Ratsmitglieder mehr, die realisiert haben, dass mit wenig Aufwand in den Abteilungen, wie z.B. Soziales mehr als Fr. 2 Mio. pro Jahr eingespart werden konnte? Dies entspricht sagenhaften 4 Prozentpunkten im Steuerfuss! Ist der Glaube an Optimierungsmöglichkeiten in der Schule und anderen Abteilungen bereits verflogen? Wo bleibt der Wille zur Effizienzsteigerung, damit die grosse Mehrheit der Steuerzahler in ihrem schwierigen Umfeld entlastet wird?

Sagen Sie also Nein zur Steuererhöhung. Nein heisst in diesem Fall ja zu einer Effizienzsteigerung, ja zum Fitnessprogramm, ja zu einer gesunden und wirtschaftlich erfolgreichen Stadt. Steuerstabilität sollte das Programm der kommenden Jahre sein und ich hoffe, dass sie das als Vertreter der Wädenswiler Stimmbürger, unterstützen.

Cornelia Dätwyler, FDP: Ja – meine Damen und Herren, die finanzielle Situation von Wädenswil sieht schlecht aus. Das ist aber nicht deshalb, weil die Wädenswiler zu wenig Steuern zahlen. Wädenswil hat schon jetzt einen der höchsten Steuerfüsse der Seegemeinden.

Dies ist die Folge einer unverantwortlichen Ausgabenpolitik des Stadt- und Gemeinderats, verführt von einer vom Wohlstand geförderten Unbekümmertheit.

Offenbar verfallen die gewählten Politikerinnen und Politiker der Gefahr, ihr Handeln auf ihre Wiederwahl und weniger auf die aktuellen und zukünftigen Aufgaben des Gemeinwesens auszurichten. Der Umstand, dass jeder Franken, der vom Staat ausgegeben werden kann, zuerst von jemandem erarbeitet werden muss, scheint offensichtlich unwichtig. Sorglos wurde und wird Geld, das haben wir auch heute wiedergesehen, betreffend Biodiversität, für bedingt Notwendiges oder gar nur Wünschbares ausgegeben, obwohl dies nur mit neuen Schulden finanziert werden kann. Man stellt sich als Wohltäter dar, indem man freigiebig fremdes Geld ausgibt. In der Tat ist das Verteilen von Geschenken einfacher und vor allem beliebter, als von den eigenen Wählern einen Verzicht einzufordern.

Mit dem Ruf nach einer Steuererhöhung wird die Attraktivität von Wädenswil geschwächt. Erst noch hat es Wädenswil mit der Werkstatt Zürichsee geschafft, dass sich einige Firmen für den Standort Wädenswil entschieden haben. Auch einige steuerkräftige Privatpersonen sind zugezogen. Sollen diese mit einer Steuererhöhung vor den Kopf gestossen und möglicherweise wieder vertrieben werden? Ich möchte meine Kolleginnen und Kollegen im Rat daran erinnern, dass einige wenige Prozent der Steuerpflichtigen das Gros der Steuereinnahmen leisten. Wenn sich nur schon ein paar dieser Personen gegen den Standort Wädenswil entscheiden, hat das massive Steuereinnahmen zur Folge.

Und, heisst man die neuen Einwohner von Wädenswil aus Schönenberg und Hütten mit einer Steuererhöhung Willkommen? Der Weisung 16 vom 12. September 2016 betreffend Gemeindegemeinschaft ist zu entnehmen, dass aufgrund des Gemeindegemeinschafts in verschiedenen Bereichen Synergieeffekte zu erwarten sind. Also, offenbar besteht auch hier noch Einsparungspotential.

Ich rufe daher noch einmal den Stadtrat und unser mitte-links dominiertes Gemeindeparslament dazu auf, endlich diese unbekümmerte Ausgabenpolitik aufzugeben und sorgsam mit den Geldern umzugehen.

Und jetzt noch eine Bemerkung nebenbei an die Adresse der Ratslinken in der GRPK. Es ist absolut unprofessionell, anlässlich der letzten Lesung noch einen Antrag auf Steuererhöhung ohne Begründung reinzudrücken. Ein solches Vorgehen ist unseriös und wirft ein schlechtes Licht auf die Arbeitsweise der GRPK. Die Fraktion beantragt, den Steuerfuss unverändert bei 85 % zu belassen.

Eric Schenk, CVP: Vieles ist schon gesagt worden, daher möchte ich nur noch etwas ergänzen: Die CVP ist ganz klar für die Beibehaltung des jetzigen Steuerfusses von 85 %. Das Ziel einer gesunden und soliden Gemeinde ist weiterhin, die Stadtfinanzierung bei einem stabilen Steuerfuss ausgleichend zu bewerkstelligen. Die Planung eines langfristigen Steuerfusses soll im Rahmen des finanzpolitischen Entwicklungsplans erfolgen. Ausserdem möchte ich betonen, dass der Stadtrat dafür eingestanden ist, dass der Gemeindegemeinschafts auch ohne eine Steuerfusserhöhung vollzogen werden kann.

Stadtrat Finanzen, Walter Münch: Erlauben sie mir vorher noch eine Bemerkung, zu dem einen oder anderen Votum, was gefallen ist, zu machen. Manchmal hat es so getönt, als wenn unsere Infrastruktur am zerfallen. Ich denke, das ist definitiv nicht so. Lassen sie mich

ein Beispiel machen. Bei den Gemeindestrassen haben wir im Budget 2019 für die Erneuerung Fr. 1'040'000 Franken eingestellt gehabt. Im Budget 2020 Fr. 1.2 Mio., im Budget 2021 Fr. 1.3 Mio., 2022 Fr. 1.4 Mio. und im 2023 Fr. 1.5 Mio. Also der Stadtrat hat durchaus erkannt, dass bei den Gemeindestrassen etwas für die Infrastruktur gemacht werden muss. Vielleicht nicht so viel, wie man sich wünscht, aber wir haben geplant, in diesem Bereich mehr Geld auszugeben. Das Gleiche ist auch bei den Immobilien. Auch da haben wir erkannt, dass Nachholbedarf besteht. Wir probieren sachlich und vernünftig Geld auszugeben, nach bestem Wissen und gesundem Menschenverstand.

Was den Steuerfuss angeht, das habe ich schon vorher gesagt. Einerseits hat der Stadtrat die Situation erkannt und wir probieren gewisse Bereiche zu Durchleuchten. Wir haben auch beim einen oder anderen Bauprojekt überlegt, ob wir andere Finanzierungsmodelle machen könnten, als wie wir es in den vergangenen Jahren gemacht haben. Von dem her gesehen ist der Stadtrat offen. Wir haben unsere Finanzabteilung auch aufgefordert, da neue Wege zu bestreiten und auszuleuchten.

Wir haben jetzt mehr Firmen und gutverdienende Leute, welche nach Wädenswil kommen, und ich würde es falsch finden, wenn wir dem stetig wachsenden Steuersubstrat entgegenwirken. Habt doch noch etwas Geduld. Denn auch seitens Kanton können wir hoffen, dass es mehr Entlastung gibt. Beispielsweise wird er sich mehr an den Ergänzungsleistungen beteiligen. Im Jahr 2021 wird darüber die Diskussion im Kantonsrat weitergeführt. Das haben wir noch nicht miteingerechnet und die mögliche zukünftige Entlastung noch nicht miteinbezogen. Das heisst, dass wir die Einnahmen eher konservativ bis realistisch geplant haben. Darum hoffen wir, dass es etwas Luft nach oben gibt. Wie gesagt, wir wollen nicht die Nummer 1 werden bei den Schulen und dafür dann den höchsten Steuerfuss haben. Ich glaube, das wäre ein falsches Zeichen und ich möchte sie wirklich bitten, den Antrag abzulehnen.

Patrick Höhener, GP: Es ist schon wieder viel gesagt worden, daher möchte ich nicht alles wiederholen. Aber fällt auf, dass immer wieder gesagt wird: «Ok es ist nicht ein Problem, dass wir zu wenig einnehmen, sondern wir haben einfach zu grosse Ausgaben. Nur die Ausgabenseite, die haben wir nicht im Griff, die Einnahmenseite ist gut». Ich finde das einfach eine sehr einseitige Sicht. Ich bin auch der Meinung, dass man sparen muss und nicht nur immer ausgeben kann. Aber dass einfach die Einnahmenseite zementiert ist und nicht zur Diskussion steht, befremdet mich.

Seit 2007 ist man mit dem Steuerfuss um gute 11 % heruntergekommen und einmal wurde er um 1 % erhöht. Aber die Realität ist, dass die Verschuldung um über den Faktor 6 zunimmt. Die Pro-Kopf-Verschuldung von über Fr. 2'500 gemäss dem Glossar im FEP gilt als hoch. Ist es das, was wir wollen? Wollen wir eine maximale Verschuldung haben? Wir können schon darüber reden, dass dies nicht gut ist und wir zu viel ausgeben. Aber die Realität ist einfach, die Verschuldung steigt und steigt und steigt. Und ob jetzt das eher konservativ prognostiziert ist, selbst wenn es weniger konservativ ist, es ist immer noch ein totaler Abgrund, welcher sich aus meiner Sicht auftut. Wenn es eine Firma wäre, würde ich diese nicht kaufen, weil sie keine Zukunft hat. Die Realität sagt, dass wir etwas machen müssen. Und ich finde einfach, dass man jetzt auf der Einnahmenseite auch etwas machen muss. Und diese 2 % sind auch nicht das Ende der Fahnenstange. Ich glaube, das ist uns allen klar. Entweder anerkennen wir jetzt die Realität und fangen an, etwas zu unternehmen, oder hoffen einfach gutgläubig und fatalistisch, dass es dann schon gut kommt. Ich glaube das nicht. Und von selbst wird sich das Problem nicht lösen.

Thomas Koch, FDP: Die heutige finanzielle Situation macht der FDP/GLP-Fraktion Sorge, hier hat Christian Gross richtig zugehört – und wenn man bedenkt, welche Investitionen mit der Umsetzung des FEP noch auf Wädenswil zukommen sollen, sind die Aussichten tatsächlich alles andere als rosig. Da sind wir absolut bei euch.

Mit einer Steuererhöhung aber auf diese inkommode Situation zu reagieren, ist nicht das richtige Mittel. Wie Patrick richtig erkannt hat: Wir haben definitiv kein Problem von zu tiefen Steuern, sondern ein Problem von zu hohen Ausgaben. Und genau da müssen wir ansetzen. Wir müssen endlich den politischen Willen aufbringen, alles dran zu setzen, dass der Stadtrat und die Verwaltung wirklich mit letzter Konsequenz und ohne Tabus sämtliche Ausgaben hinterfragen. Wie wir bereits vom Stadtrat Finanzen gehört haben, ist der Stadtrat bereit, dies zu machen, also lassen wir dem Stadtrat doch, sich dort zu bemühen. Es muss alles darangesetzt werden, den Trend nach immer mehr Ausgaben nicht nur zu brechen, sondern umzukehren. Die Abteilungen, wo Kosten in den letzten Jahren ins uferlose gewachsen sind, sind identifiziert. Insbesondere die Schule, worauf unsere Fraktion schon seit Jahren hingewiesen hat. Den Anfang, diese Kosten insbesondere von der Abteilung Schule und Jugend hoffentlich in den Griff zu bekommen, haben wir heute ja eigentlich einstimmig und vernünftig gelegt. Mit der externen Beratung, um die Effizienz der Strukturen der Schule zu überprüfen.

Mit dem Antrag auf Steuererhöhung wird der Druck auf die Verwaltung und auf den Stadtrat wieder weggenommen. Die von uns beabsichtigte Effizienzsteigerung und der Druck insbesondere auf die Schule aber auch auf die übrigen Abteilungen, ihre Strukturen und Abläufe zu optimieren, wird mit dem Antrag auf Steuererhöhung also schon wieder neutralisiert, bevor sie überhaupt angefangen hat. Es ist wichtig, auch zukünftig den Druck auf die Behörden und die Verwaltung aufrecht zu erhalten. Nur so können wir sicherstellen, dass kontinuierlich Lösungen gesucht und Anstrengungen unternommen werden, mit den finanziellen Mitteln, die zur Verfügung stehen, umsichtig und haushälterisch umzugehen.

Aber eben – das braucht auch den politischen Willen von uns allen. Der heutige ideologisch gefärbte Antrag von Rot-grün, den Steuerfuss zu erhöhen, ist Gift für unsere Bemühungen, Wädenswil wieder auf gesunde Füsse zu stellen und unseren wenig schmeichelhaften Ruf als Steuerhölle unter den Seegemeinden abzuschütteln.

Die FDP/GLP-Fraktion unterstützt deshalb geschlossen den Antrag des Stadtrates um Beibehaltung des Steuerfusses. Das, obwohl das mittelfristige Ziel eine moderate Senkung bleiben muss. Das mittelfristige Ziel ist heute nicht realistisch, das sieht die FDP auch. Aber es ist erreichbar, vorausgesetzt, dass wir endlich unsere Kosten in den Griff bekommen. Packen wir es doch gemeinsam an. Wir bitten daher alle verantwortungsvollen Mitglieder des Rates, dem rein ideologischen Angriff auf unsere Steuerzahler eine Abfuhr zu bescheren.

Christian Gross, SP: Lieber Thomas, da muss ich kurz Antwort darauf geben. Erstens finde ich es störend, dass du von Druck sprichst. Als ob die Leute in der Verwaltung irgendwelche unwilligen Leute sind, welche man massiv unter Druck setzen muss, damit irgendetwas geht. Als ob unser Stadtrat unfähig wäre und ihn massiv unter Druck setzen muss, dass endlich etwas geht. Sorry, aber seit Jahren probieren wir das aus, mit dem «man muss Druck aufsetzen». Und wir sehen ja, was es gebracht hat. Das beste Beispiel ist die Abtei-

lung Soziales, wo man gesagt hat, dass es keine neue Stelle gibt und wir mehr Druck machen müssen. Und plötzlich hat man gemerkt, dass man Fr. 1 Mio. einfach so in den Sand gesetzt hat.

Ich glaube, es ist einfach nicht nachhaltig, wenn man dies so macht. Und ich möchte schon noch sagen, dass es mit einer Steuerfusserhöhung von 2 % nicht so ist, dass man das Geld aus dem Fenster werfen kann. Auch mit 2 % haben wir noch nicht genug Einnahmen, um unsere Investitionen zu decken. Auch mit 2 % ist der Stadtrat und das Parlament weiterhin gefordert, zu schauen, wo man mehr Geld einholen und wo weniger Geld ausgeben kann.

Dann möchte ich noch etwas zum ideologisch gefärbten sagen. Das einzige ideologisch gefärbte ist es wohl, den Antrag abzulehnen. Weil der Antrag an sich ist nichts anderes als realistisch. Sorry – aber, wenn man schaut wie sich die Verschuldung nach der Prognose des Stadtrats entwickeln wird, kann man doch nicht einfach sagen; «ja warten wir, bis wir eine Verschuldung in einem dreistelligen Millionenbetrag haben. Das finde ich wirklich absurd und einfach schon fahrlässig. Weil all die Schulden, die wir aufnehmen und die Zinsen dann einmal steigen, das wird dann teuer.

Marco Kronauer, SVP: Ich möchte noch etwas zur Diskussion im Bereich Soziales sagen. Im Sozialen ist in der Vergangenheit die Stelle nicht vergeben worden und sie waren gezwungen, einen Springer einzusetzen. Was ihnen aber schlussendlich externes Knowhow gebracht hat. Ich habe das Gefühl, dass erst das dann dazu geführt hat und Wissen eingeflossen ist, was ihnen vielleicht gefehlt hat. Aber ich wage zu behaupten, dass man längstens nicht mehr über Steuererhöhung diskutieren müsste, würden diese neuen Stellen, welche mit dem Budget geschaffen werden, so viel einsparen. Vielleicht braucht es wirklich einmal etwas Druck auf diese Stellen, damit sie sich auch andere Möglichkeiten überlegen, anstatt einfach neue Stellen zu schaffen. Daher sind wir von der SVP auch geschlossen gegen die Steuererhöhung.

(Gemeinderatspräsident André Zürrer erläutert, dass der Minderheitsantrag der GRPK deckungsgleich mit jenem des Stadtrats sei, weswegen der Mehrheitsantrag den einzigen Änderungsantrag darstelle und nur über diesen abzustimmen sei.)

Abstimmung über den Steuerfuss

Der Rat stimmt mit 21:14 Stimmen gegen den Mehrheitsantrag der GRPK auf Erhöhung des Steuerfusses.

Somit bleibt der Steuerfuss in Wädenswil bei 85 %.

Drittens: Abstimmung über das Gesamtpaket

Genehmigung des Budgets 2020 inklusive Leistungsaufträge und Steuerfuss von 85%.

(Keine Wortmeldungen.)

| |
|----------------------------------|
| <p>Schlussabstimmung:</p> |
|----------------------------------|

| |
|--|
| <p>Der Rat stimmt dem Gesamtpaket mit 34 Stimmen zu.</p> |
|--|

Stadtpräsident Philipp Kutter: Einen besonderen Dank an die Leute auf der Tribüne für ihr Erscheinen. Ich möchte dem Gemeinderat danken für das Budget. Jetzt können wir wieder weiterarbeiten und ich danke weiter für das Vertrauen, welches sie uns damit aussprechen. Ich bedanke mich bei ihnen für den Einsatz, welchen sie leisten und die Gedanken, welche heute Abend auch geäußert worden sind. Ich habe viel Interessantes gehört. Über das eine oder andere kann man vielleicht noch diskutieren. Die intensive Diskussion, die sie geführt haben, zeigt mir vor allem eines: Sie setzen sich für Wädenswil ein! Ihnen ist es nicht egal, wie es mit unserer Stadt weitergeht. Und das ist sehr wichtig – auch für das Wohlergehen von uns allen und für die Bevölkerung, welche sie gewählt hat und in sie das Vertrauen setzt.

Natürlich sind die Wege, die man beschreiten möchte, unterschiedlich. Das ist klar, denn das liegt in der Natur der Politik. Aber die Diskussion ist ernsthaft und immer auch mit dem Ziel versehen, dass man das Beste herausholen will.

Es stimmt, dass unsere finanzielle Lage angespannt ist. Ich kann dazu sagen, dass ich das in Wädenswil noch nie anders erlebt habe. Wir sind nie die ganz Reichen gewesen und müssen immer schauen, dass wir gut durchkommen. Und ich kann ihnen auch sagen, dass der Stadtrat weiterhin auch engagiert darum kämpfen wird, dass wir einen gesunden Staatshaushalt behalten können und wir unser Legislaturziel vom stabilen Steuerfuss und einem gesunden Finanzhaushalt erreichen können. Ob uns das gelingen wird, das wissen wir nicht. Aber wenn sie mitanpacken, dann vielleicht eher. Wir wollen auch nicht nur sparen, sondern auch investieren. Ich glaube, dass man auch das unserem Budget ansieht. Natürlich probieren wir, den Steuerfranken haushälterisch einzusetzen. Aber wir investieren auch, sei das in Kindergärten oder Personen.

So, das sind noch ein paar Gedanken. Wir werden die Diskussion im neuen Jahr weiterführen. Aber jetzt hoffe ich, dass sie sich auch Zeit nehmen und die gemeinderätlichen Akten auf die Seite legen können. Zeit zu Hause haben um ein Buch zu lesen, welches sie alle auf ihrem Tisch gefunden haben. Ein kleines Dankeschön für den grossen Einsatz im ganzen Jahr. Ich wünsche euch allen schöne Weihnachten und dass ihr Zeit mit euren Liebsten habt. Und ich hoffe, dass wir uns alle ohne Skiunfall und fit und munter im Jahr 2020 wiedersehen.

Gemeinderatspräsident André Zürrer: Auch ich möchte euch allen und euren Familien schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen. Kommt im Januar gesund zurück in den Rat. Ich freue mich jetzt schon, dass wir dann im nächsten Jahr mit der neuen Mikrofonanlage weiterfahren können, damit auch unsere Zuschauer besser verstehen, was wir da oben besprechen.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsident André Zürrer schliesst die Sitzung.)

Roger Kempf, Ratssekretär